



## **Technologischer Wandel.**

Zukunftsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme  
in Deutschland und Europa.





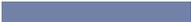
## **Technologischer Wandel.**

Zukunftsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme  
in Deutschland und Europa.

Düsseldorf, 20. Januar 2014



# Inhalt.

	<b>Einführung.</b> <b>Guntram Schneider</b> , Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	<b>6</b>
	<b>Technologischer Wandel – Auswirkungen auf Gesellschaft und soziale Sicherungssysteme.</b> <b>Dr. Josef Hilbert</b> , geschäftsführender Direktor des Institutes für Arbeit und Technik	<b>10</b>
	<b>Rückgang der Lohnsummen und Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme.</b> <b>RA Thomas Zander</b> , Landesgeschäftsführer des Sozialverbandes VdK NRW	<b>18</b>
	<b>Beispiel Konsequenzen für Prävention und Rehabilitation.</b> <b>Prof. Dr. med. Bernhard Greitemann</b> , Leiter der Münsterlandklinik	<b>31</b>
	<b>Bedeutung der europäischen Dimension.</b> <b>Dr. Bernd Schulte</b> , wissenschaftlicher Referent (bis 2011 am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, München)	<b>55</b>
	<b>Technological change and its impact on sustainability of social security systems in Europe.</b> <b>Ilaria Maselli</b> , Centre for European Policy Studies Researcher – Economic Policy Unit	<b>65</b>



## Einführung.

**Guntram Schneider**, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales. Ich bin gerne zur Eröffnung dieses Workshops gekommen, weil das Thema aus meiner Sicht von zentraler Bedeutung für die Zukunft unseres Sozialstaates, der Sozialversicherungssysteme, aber auch für den zukünftigen gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. In der Vergangenheit hat es zum Thema „Technologischer Wandel“, auch in Verbindung mit seinen Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, sehr unterschiedliche Ansätze gegeben. Ein Ansatz in den siebziger Jahren lag darin, dass man Technikeinsatz sehr unkritisch betrachtete. Ich denke hier zum Beispiel an die Diskussion über die Kernenergie.

Wohl als erster Autor hat sich Robert Jungk mit dem Werdegang der Atomforschung beschäf-

tigt und legte ein Buch vor mit dem Titel „Heller als tausend Sonnen“. Er sah die industrielle Zukunft dieses Landes darin, dass wir ungefähr 50 Schnelle Brüter benötigen, die durch eine unterirdisch verlaufende Eisenbahnstrecke verbunden seien, um so ein für alle Mal das Energiethema zu erledigen.

Nun, Gott sei Dank haben wir nicht einen Schnellen Brüter fertig gebracht. Bekannterweise ist der Schnelle Brüter in Kalkar jetzt ein Freizeitpark – auch eine schöne Perspektive. Andererseits, das darf auch nicht übersehen werden, gab es Technikbetrachtungen im Rahmen allgemeiner Kulturkritik. Ich denke noch daran, wie wir EDV übersetzt haben mit „Ende der Vernunft“ und beim Einsatz computergestützter Maschinen apokalyptische Reiter an

den gesellschaftlichen Horizont gemalt haben. Auch diese Entwicklung ist nicht eingetreten, obwohl wir, wenn man sich das Thema Datenschutz heute anschaut, ins Nachdenken kommen können. Aber dies ist sicherlich kein Thema, das heute im Mittelpunkt der Beratungen und Betrachtungen steht. Tatsache ist, davon kann man wohl ausgehen, dass wir in den Industrien vor einer neuen Technikrevolution stehen. Ich will hierfür nur zwei Beispiele nennen: die Nanotechnologie, die, wenn sie wirklich auf breiter Front eingeführt wird, ganz nachhaltige, bis jetzt gar nicht absehbare Rationalisierungseffekte mit sich bringen wird, und auch zum Beispiel solche Technologien wie das Kleben als Ersatz für das Schweißen. Hier ist schon einiges auf den Weg gebracht. Man schätzt, dass zum Beispiel im Automobilbau allein

durch diese Technologie potenziell etwa 20 % der heute dort in der unmittelbaren Produktion vorhandenen Arbeitsplätze bedroht sind. Es gibt eine intensive Diskussion über das Thema „Wissensgesellschaft“. Ich denke, wir müssen hier erleben und wir müssen hier begreifen, dass es eigentlich keinen Gegensatz gibt zwischen Wissensgesellschaft und Industriegesellschaft. Die Industriegesellschaft wird immer mehr Wissensgesellschaft und man kann auch in modernen Industriebetrieben nicht mehr unterscheiden zwischen Dienstleistungen und anderen Funktionen in einem Unternehmen. Das Ganze vermischt sich miteinander und ist nicht mehr zu trennen. Nun zu den gesellschaftlichen Auswirkungen, einiges ist ja in den Unterlagen schon angesprochen worden, die eine Grundlage Ihrer Tagung sind. Da ist zum Beispiel das

Thema „Erreichbarkeit“ anzusprechen. Wir wissen, dass Menschen, die 24 Stunden – Politiker sind da keine Ausnahme – erreichbar sind, natürlich auch mit psychischen und physischen Konsequenzen zu kämpfen haben. Da ist zum Beispiel das Thema Leistungsverdichtung, Intensivierung der Arbeit anzusprechen, ein sehr wichtiger Punkt. Eine Konsequenz ist die erhebliche Ausweitung psychischer Erkrankungen. Deshalb haben wir auch seitens Nordrhein-Westfalens, zum Beispiel bei den Koalitionsverhandlungen jetzt vor kurzem in Berlin, sehr stark darauf insistiert, den Reha-Deckel anzuheben. Das ist auch gelungen. Wir haben auch dringend erforderliche Modifizierungen bei der Erwerbsminderungsrente erreicht. Auch dies ist ein sehr wichtiger Faktor, um den erschreckenden Anstieg psychischer Erkrankungen in den Griff zu bekommen und für psychisch erkrankte Menschen Maßnahmen bereitstellen zu können. Ich denke, wir brauchen in der Bundesrepublik perspektivisch, das ist bei den Koalitionsverhandlungen nicht erreicht worden, ein breit angelegtes Programm zur Humanisierung der Arbeit. Solche Programme gab es unter anderen technologischen, sozialen und gesellschaftlichen Hintergründen in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Aus meiner Sicht ist es dringend erforderlich, dass wir ein solches Programm, das natürlich Geld kostet, wieder aufleben lassen, wenn wir nicht die Dominanz von Technologien und die sehr negativen gesellschaftlichen und medizinischen Konsequenzen ertragen wollen. Ich gehe davon aus, dass wir mit der Einführung neuer Technologien, die mit den unterschiedlichsten Formen neuer Arbeitsorganisationen verbunden sein wird, auch die Konsequenz zunehmender prekärer Beschäftigung erleben. Da ist Qualifizierung überhaupt keine Form des Entgegenwirkens.

Dankenswerterweise hat das Institut für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen jüngst publiziert, in welchem Ausmaß Akademikerinnen und Akademiker vom Niedriglohnsektor betroffen sind. Qualifikation allein schützt also nicht vor extrem niedriger Bezahlung. Wenn man sich die Hochschullandschaft anschaut, dann dominieren dort befristete Arbeitsverhältnisse. Arbeitsverhältnisse, die in unterschiedlichster Art und Weise prekär sind. Vielleicht mit Ausnahme, gestatten Sie mir diese Polemik, der verbeamteten Professoren, die den anderen immer erklären wollen, wie wichtig Flexibilität ist. Wir

bemühen uns im Rahmen des haushalterisch Möglichen, Befristungen einzudämmen, wir sind aber noch nicht weit gekommen. Aber ich denke, dass die Fabrik der Zukunft ähnlich konstruiert sein wird. Die Fabrik der Zukunft wird nicht aus stationären Arbeitsplätzen, die über Jahrzehnte weiterentwickelt werden, bestehen, sondern wird zunehmend virtuellen Charakter haben und deshalb müssen wir hier auch mit einer Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse rechnen. Ich denke dass wir, wenn es um den technologischen Wandel geht, perspektivisch - und das ist keine Fragestellung für morgen oder übermorgen – auch die Frage der Länge der Arbeitszeit wieder diskutieren müssen. Ich weiß, auf der Hitliste der Wünsche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist Arbeitszeitverkürzung ganz unten angesiedelt. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass Arbeitszeitverkürzungen außerhalb des Taylorismus nicht unbedingt verbunden waren mit einem Mehr an Arbeitsplätzen, sondern mit Leistungsverdichtung, so dass die Menschen hiermit schlechte Erfahrungen gemacht haben. Andererseits ist völlig klar, die Geschichte des Industrialismus war auch immer eine Geschichte der Arbeitszeitverkürzung – und deshalb muss man dieses Thema auch ansprechen. Arbeitszeitverkürzungen in unterschiedlichsten Formen, darüber muss man dann vortrefflich diskutieren. Da geht es nicht nur um Wochen- oder Tagesarbeitszeiten. Da geht es um die Lebensarbeitszeit, um Sabbatjahre, um Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung und viele andere Dinge mehr.

Meine Damen und Herren, bezogen auf die sozialen Sicherungssysteme spielte technologischer Wandel auch in der Vergangenheit immer eine große Rolle. Tatsache ist, dass wir in weiten Bereichen der Wirtschaft anteilig zu relativ geringen Lohnkostenanteilen an den Gesamtkosten kommen werden. Das ist natürlich ein großes Problem für ein Rentensystem, für ein Gesundheitssystem, wo die Verbeitragung ausgehend von der Lohnsumme stattfindet. Deshalb muss man überlegen, ob es andere Faktoren gibt, die hier zukünftig eine Rolle spielen werden und können. Zum Beispiel der Energieverbrauch, zum Beispiel der Rohstoffverbrauch und viele andere Dinge mehr. Ich habe heute Morgen in einer Bürobesprechung gesagt, man sollte nicht die alte Diskussion über die Maschinensteuer wiederbeleben wollen. Das ist ja nichts anderes als eine Besteuerung von Produktivität und die brauchen wir als

exportabhängiges Land, davon leben wir. Ich glaube, dass diese Diskussion aus dem letzten Jahrhundert zu kurz gegriffen war, so dass wir hier weiter denken müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen eine sehr breit angelegte Forschungs- und Beratungslandschaft, wenn es um technologischen Wandel geht. Wir haben ja hier am Tisch das Institut für Arbeit und Technik, wir haben unterschiedlichste Institute, Beratungseinrichtungen, die teilweise auch durch die Landesregierung finanziert werden. Diese Einrichtungen sind außerordentlich notwendig und werden sicher zukünftig noch an Gewicht gewinnen. Ich setze bei der Gestaltung dieser Einrichtungen auch ein Stück weit auf soziale Partnerschaft. Ich denke, die Herausforderungen des technischen Wandels sind so groß, dass hier eine einseitig orientierte Interessenpolitik von Übel ist. Wir brauchen gerade in diesen Fragen gesellschaftlichen Konsens und vielleicht dient eine solche Konferenz, ein solcher Workshop wie der heutige auch dazu, sich einem Konsens in diesen großen Zusammenhängen zu nähern. Wir müssen

uns davor hüten, dass hier über technischen Wandel gesellschaftliche Spaltungen vertieft werden. Es wird Menschen geben, die globalen Herausforderungen, neuen Geschwindigkeiten folgen können, und Menschen, die eben überfordert sind von dem, was da auf sie zukommt. Deshalb ist die Fragestellung, die hier heute ansteht, auch eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Zukunft. Sie sehen, das Thema ist außerordentlich komplex.

Wir wollen den technischen Wandel auch vor dem Hintergrund des Prinzips der guten Arbeit betrachten. Es geht um gute Arbeit, um Erwerbstätigkeit für möglichst viele, weil natürlich die Teilhabe an Erwerbsarbeit die grundsätzliche Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe darstellt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

# Technologischer Wandel – Auswirkungen auf Gesellschaft und soziale Sicherungssysteme.

**Dr. Josef Hilbert**, geschäftsführender Direktor des Institutes für Arbeit und Technik



**IAT**  
Institut Arbeit und Technik

**Josef Hilbert**  
bei  
„Technologischer Wandel –  
Zukunftsfähigkeit sozialer  
Sicherungssysteme in  
Deutschland und Europa  
MAIS NRW  
„ 20.01.14

**Arbeit, Technik, Innovation – Deutschland und Europa  
auf der Suche nach einer sozial verträglichen Zukunft der Arbeit**

Zentrale wissenschaftliche  
Einrichtung der Westfälischen  
Hochschule Gelsenkirchen  
Bocholt-Recklinghausen in  
Kooperation mit der  
Ruhr-Universität Bochum

**Westfälische  
Hochschule**

**RUHR-  
UNIVERSITÄT  
BOCHUM RUB**

## Was will ich heute ansprechen?

1. Sozialstaat und Mitbestimmung in D – ein Erfolgsmodell
2. in der Orientierungskrise
3. Ausgewählte Probleme und Herausforderungen
  - Prekäre Arbeit
  - Armut im Alter
  - Orientierungsdefizite in der Beruflichen Bildung
  - Psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz
4. Was tun? Mit Blick auf
  - Finanzen
  - Qualität und Wirkung gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen
  - Arbeit und Qualifizierung

## Ausgangsüberlegung: Sozialstaat ist systemrelevant – für die Menschen und für die Wirtschaft

### Human Development Index 2012

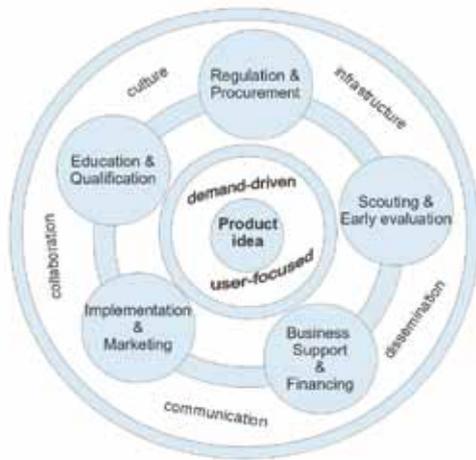
Rang für 2012 (7)	Änderung zum Rang vom 2011 <sup>(6)</sup>	Land	Index für 2012 (7)	Änderung zum Index für 2011 (8)
1	—	Norwegen	0,955	▲ 0,012
2	—	Australien	0,938	▲ 0,009
3	▲ (1)	Vereinigte Staaten	0,937	▲ 0,017
4	▼ (1)	Niederlande	0,921	▲ 0,011
5	▲ (4)	Deutschland	0,920	▲ 0,015
6	▼ (1)	Neuseeland	0,919	▲ 0,011
7	▲ (3)	Schweden	0,916	▲ 0,012
7	—	Irland	0,916	▲ 0,008
9	▲ (2)	Schweiz	0,913	▲ 0,010
10	▲ (2)	Japan	0,912	▲ 0,011
11	▼ (5)	Kanada	0,911	▲ 0,003
12	▲ (3)	Südkorea	0,909	▲ 0,012

### The Global Competitiveness Index 2013 – 2014 rankings

Country/Economy	Rank (out of 142)	Score (1–7)	Rank among 2012–2013 economies*
Switzerland	1	5,67	1
Singapore	2	5,61	2
Finland	3	5,54	3
Germany	4	5,51	4
United States	5	5,40	5
Sweden	6	5,40	6
Hong Kong SAR	7	5,47	7
Netherlands	8	5,42	8
Japan	9	5,40	9
United Kingdom	10	5,37	10

WORLD  
ECONOMIC  
FORUM

## Mit praxisfähiger Fachlichkeit, langfristig und systemisch innovieren – und dabei verlässlich abgesichert sein.



InnovationEcoSystem des BalticSeaHealthForums, Karopka 2014

### Merkmale von Arbeit und Wirtschaft in D und großen Teilen Europas:

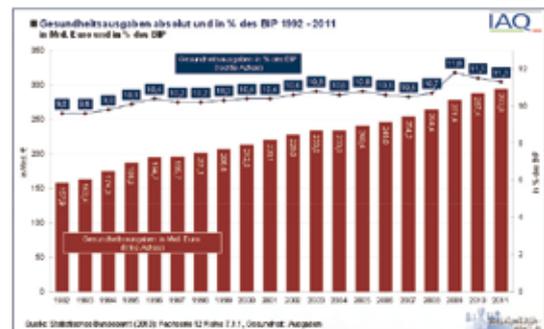
- Nicht bei jedem neuen Trend vorne dabei, aber fähig, bewährte Neuerung in etablierten Kontexten zu nutzen
- Oft systemisch ausgerichtet,
- in Unternehmen, die oft nicht nur an den Gewinn von Morgen, sondern auch an Nachhaltigkeit für Übermorgen denken,
- langfristige sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bieten
- und sich auf ein produktives Zusammenspiel mit Gewerkschaften und Betriebsräten stützen konnten.

«Nr.» Institut Arbeit und Technik

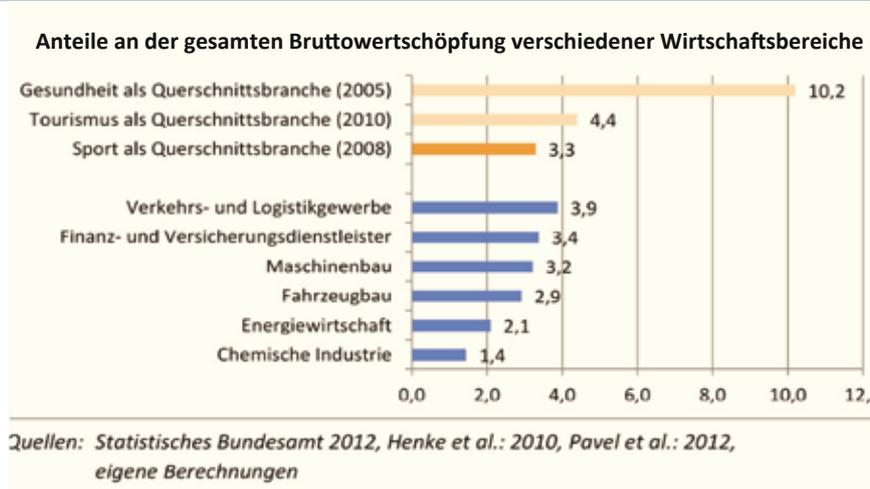
## „The German Model“:

### Der Kompass spielt verrückt, die Steuerleute schwächeln!

- Austeritätspolitik: Sozial- und Abgabenquote sinkt leicht – trotz steigenden Bedarfs
- Schwache Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen v.a. im Dienstleistungen erleichtern der Ausbau prekärer Arbeit
- Orientierung an angelsächsischen Ausbildungssystemen schwächt bewährte deutsche Lösungen
- Technik: kein Jobkiller, aber Quelle turbulenter Erneuerungen
- Wirkungsprobleme in Gesundheits-, Sozial-Bildungs- u. Arbeitsmarktpolitik



## Zukunftsdebatten in D unterschätzen Dienstleistungen als Voraussetzung, Treiber und Träger für die Wirtschaft der Zukunft



Quelle: gws-os 2013

Soziales, Gesundheit, Bildung: Geschätzt ca. 10 Mio. Erwerbstätige!

«Nr.» Institut Arbeit und Technik

## Neue Technologien: Als Job-Killer im Gespräch, tatsächlich eher Quelle ständiger Umwälzungen

- Branchen mit offensiver NT-Nutzung sind überwiegend Arbeitsplatzschaffer
- **Aber: NT führen häufig zu massiven Strukturbrüchen**
- Verzicht auf NT kann Arbeitsplätze gefährden.
- **Langfristig rechnen IAB/BIBB mit**
  - weiterer Abwertung geringer Qualifikationen
  - **Aufwertung der Facharbeit u.**
  - leicht sinkender Wertschätzung für akademische Qualifikationen

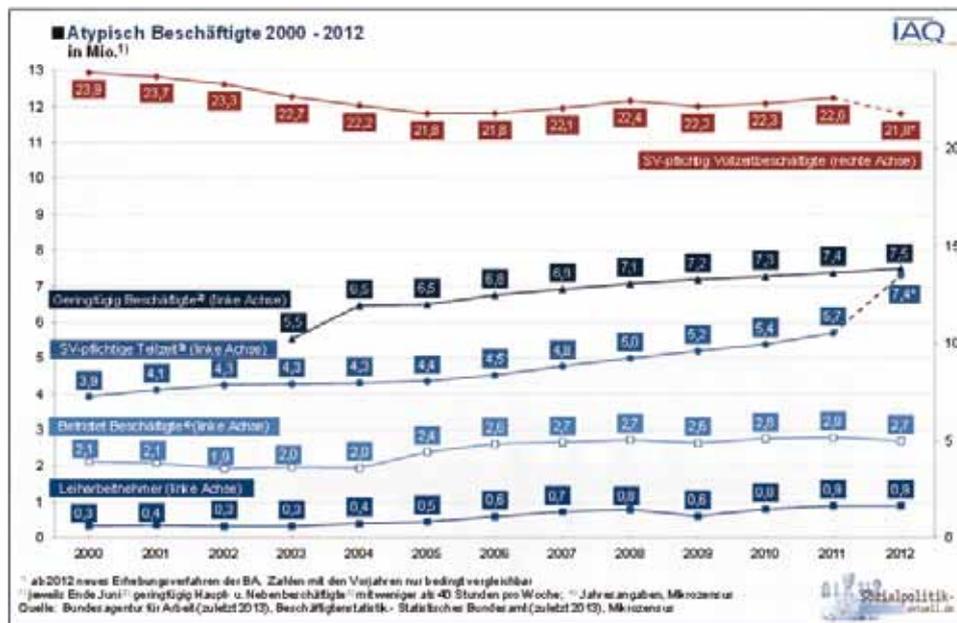


Aus: BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030

Robert Helmrich u.a. 2012

«Nr.» Institut Arbeit und Technik

## Die Konsequenzen: Mehr Arbeitsplätze, aber oft zu schlechteren Konditionen



Zahl der Erwerbstätigen stieg von 39 (2000) auf 41 Mio. (2011).

«Nr.» Institut Arbeit und Technik

## Veränderungen in der Welt der Arbeit zeigen erste Verwerfungen in den sozialen Sicherungssystemen

### ■ Armutsgefährdungsquoten nach Alter

Nach Altersgruppen und Geschlecht, gemessen am Bundesmedian sowie am regionalen Median\*, in Prozent, 2011

	Basis: mittlere Einkommen* auf Bundesebene		Basis: mittlere Einkommen* auf regionaler Ebene	
	Westdeutschland			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
<b>Insgesamt</b>	13,1	14,8	14,4	16,3
<b>18 bis unter 25</b>	14,4	17,8	21,8	24,5
<b>25 bis unter 50</b>	11,6	12,0	15,7	14,1
<b>50 bis unter 65</b>	10,5	11,0	11,5	12,0
<b>65 und älter</b>	11,6	15,7	13,1	17,6
Ostdeutschland				
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
<b>Insgesamt</b>	19,5	19,6	19,0	18,0
<b>18 bis unter 25</b>	30,6	33,0	28,1	26,0
<b>25 bis unter 50</b>	19,0	19,7	14,6	18,5
<b>50 bis unter 65</b>	14,5	14,8	14,4	15,8
<b>65 und älter</b>	9,5	13,0	4,0	7,0

Altersarmut: Probleme v.a. bei älteren Frauen in Westdeutschland.

\* um das mittlere Einkommen zu berechnen, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden für alle Personen einem geschlechtsspezifischen Einkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert der person in der Mitte, die über die Hälfte der Bevölkerung ein geringeres oder gleiches Einkommen hat. Das heißt, die unterste Hälfte der Bevölkerung hat ein niedrigeres geschlechtsspezifisches Einkommen, 50 Prozent über dem Medianwert bis dahin die Armutsgefährdungsquote dar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Aus: Datenreport 2013

«Nr.» Institut Arbeit und Technik

## Statt Stärkung der bewährten Mechanismen der Berufsbildungspolitik, Bedeutungsgewinn eines „Berufbastelns“

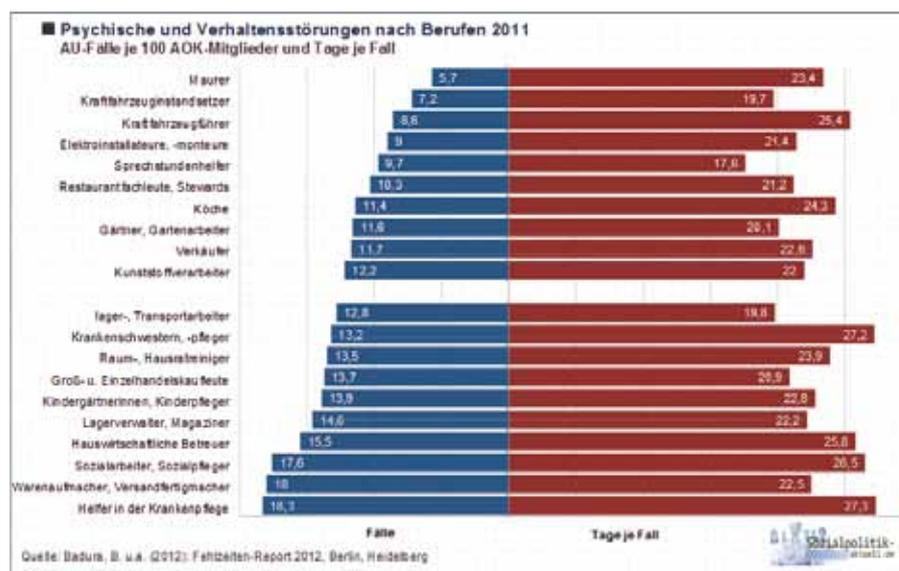
Z.B. Gesundheitsfachberufe:

- Wildes Wachstum niedrige Abschlüsse (Service, Assistenz, Begleitung)
- Dynamische, aber unübersichtliche Akademisierungstrends
- u.a. mehr als 150 Masterstudiengänge
- Zunahme berufsbegleitender akademischer Weiterbildungsangebote
- Große Orientierungsprobleme für ArbeitnehmerInnen, Arbeitgeber und Tarifpolitik



«Nr.» Institut Arbeit und Technik

## Die veränderte Welt der Arbeit bringt vermehrt psychische Erkrankungen – v.a. bei personenbezogenen Dienstleistungen



«Nr.» Institut Arbeit und Technik



## Orientierung 2: Wirkungskraft Gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen stärken!

- Bildung, Gesundheit, Soziales, Sicherheit, Mobilität: Schlüssel für Lebensqualität, Arbeit, Wachstum und Gerechtigkeit!
- Massive Wirkungsprobleme erfordern neue Wege bei der Konzeption, Gestaltung und Qualitätsentwicklung.
- Die Erneuerungsdiskussion wurde von Stiftungen und Beratern begonnen.
- Sie kann Erfolg haben, wenn die Serviceerbringer und die Beschäftigten den Hut aufhaben.
- Besondere Aufmerksamkeit für sozial- und bildungsschwache und strukturschwache Regionen
- Auch bessere Dienstleistungsforschung nötig.



«Nr.» Institut Arbeit und Technik

## Orientierung 3: Arbeitspolitisch den Mut haben, gute Erfahrungen zukunftsfähig zu nutzen!

- Ordnung der Arbeit reformieren:
  - prekäre und schlecht bezahlte Jobs zurückdrängen:
  - Soziale Sicherung im Sozialversicherungssystem stärken
  - Kompensationen für unzureichend abgesicherte Schaffen
- In der Beruflichen Bildung die Logik des Dualen Systems stärken – nicht nur in Sonntagsreden und bei Reisen in Wirtschaftskrisenländer, auch im deutschen Berufsalltag
- Wildes „Berufebasteln“ an Hochschule eindämmen
- Programm „Humanisierung der Arbeit bei personenbezogenen Diensten“ (Ziel: Gute und gleichzeitig produktive Arbeit schaffen)



«Nr.» Institut Arbeit und Technik

# Rückgang der Lohnsummen und Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme.

RA Thomas Zander, Landesgeschäftsführer des  
Sozialverbandes VdK NRW

## Lohnquote und Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme

TECHNOLOGISCHER WANDEL - ZUKUNFTSFÄHIGKEIT SOZIALER  
SICHERUNGSSYSTEME IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES NRW

# Ausgangspunkt und Vorbemerkungen

---

Der Sozialverband VdK NRW e.V. mit fast 280.000 Mitgliedern ist mehr als ein sozialrechtlicher Dienstleister und ein sozialpolitischer Lobbyist

Seit fast einem Jahrzehnt Austausch mit der Wissenschaft

Interdependenzen des Themas "Auswirkungen der Lohnquote"

Darstellung der Auswirkungen wird konzentriert auf die GKV sowie - schwerpunktmäßig - die DRV

Verbandsmeinung

# Übersicht

---

A. Vorüberlegungen zu den Interdependenzen zwischen:

- Strukturwandel in Deutschland
- Globalisierung
- Demographie (Langlebigkeit, Fertilität)

B. Entwicklung der Lohnquote, Gründe

C. Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme

D. FAZIT: Schlussfolgerungen für die mittlere und längere Sicht

## A. Vorüberlegungen

---

Strukturwandel hat multiple Gründe: institutionelle Änderungen, technolog. Fortschritt, etc.

Europäische Volkswirtschaften befinden sich im globalen Wettbewerb mit anderen Produktionsstandorten

## Globalisierung wirkt auf Lohnquote

---

Integration von Märkten: Güter- und Dienstleistungen - Kapitalmarkt - Arbeitsmarkt

IWF: alle drei Integrationsformen haben Auswirkungen auf die Lohnquote:

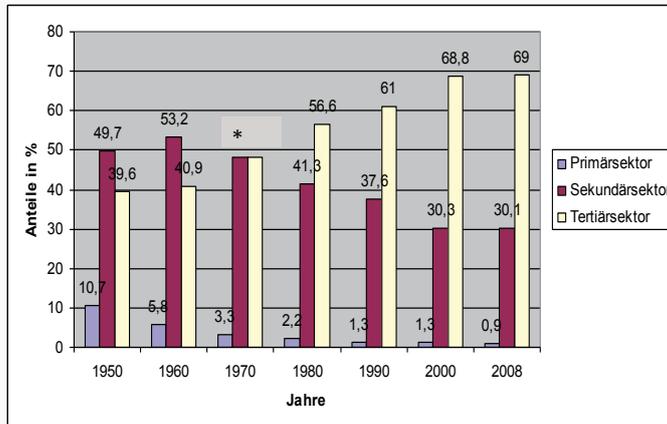
Handel wirkt sich für Westeuropa und Japan positiv aus (nicht f. d. angelsächsischen Raum)

Einwanderung und "Offshoring" haben einen negativen Einfluss auf die Lohnquote ausgeübt

Globalisierung hat sich in qualifizierten Sektoren stärker negativ ausgewirkt als in unqualifizierten (WEO 2007, S. 174 u. 178)

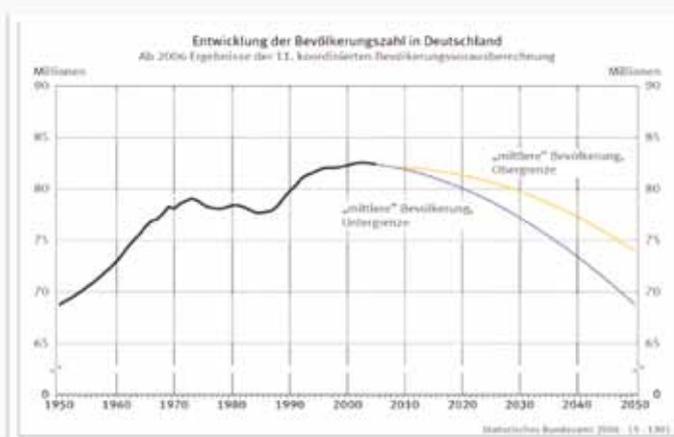
Lohnquote in der EU sinkt stärker in Sektoren mit stärkerer Öffnung zum int. Wettbewerb (Handelsoffenheit) (Ortega u. Rodriguez (2005); Morel u. Genre(2007); de Serres et al. (2002)

## Anteile der Sektoren an der Bruttowertschöpfung: Deutscher Strukturwandel 1950 - 2010 - Tertialisierung



\* = je 48,3 Quelle: Daten des StBA 2009 (Anhang), eigene Darstellung

## Auswirkungen künftiger demographischer Einflüsse



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006

---

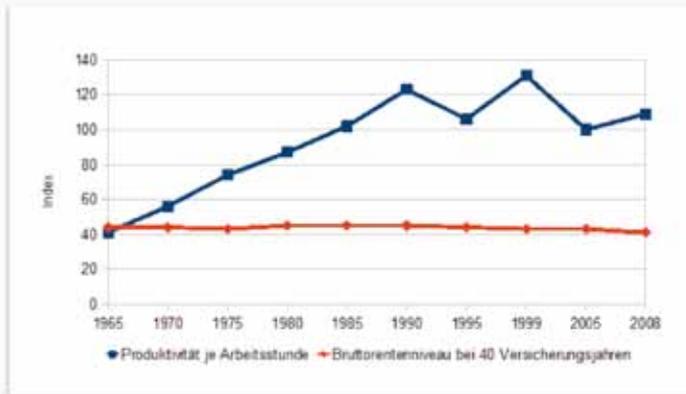
## B. Entwicklung der Lohnquote

## Lohnquote

---

- (interpretierbar) als Verteilungsmaßstab zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit
- in vielen reifen Volkswirtschaften ist der Anteil des Lohneinkommens am Gesamteinkommen in den vergangenen 30 Jahren kontinuierlich gesunken
- besonders ausgeprägt in Kontinentaleuropa und in Japan, weniger ausgeprägt in angelsächsischen Ländern
- Sinken der Lohnquote in der EU:
  - Sinken der Quote in bestimmten Sektoren **und** Änderung der sektoriellen Zusammensetzung der europäischen Volkswirtschaften insgesamt

## Arbeitsproduktivität und Rentenniveau Deutschland 1970 - 2008



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2002 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 2002 und dass. (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2010 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 2010

## Finanzwirtschaft in der Bruttowertschöpfung Deutschland 1970 - 2008



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2010, Bonn 2010

# Lohnquote und Unternehmensquote Deutschland 1970 - 2008

Jahre	Volkseinkommen	Verteilung des Volkseinkommens*	
		Lohnquote <sup>1)</sup> Prozent	Unternehmens- und Vermögenseinkommensquote <sup>2)</sup> Prozent
1970		65,6	34,4
1975		71,1	28,9
1980		73,2	26,9
1985		70,0	30,1
1990		67,8	32,3
1995		71,4	28,6
2000		72,2	27,9
2005		66,7	33,4
2008		65,0	35,0

\*) Bruttoinlandsprodukt abzüglich Produktions- und Inportabgaben und Abschreibungen und zuzüglich Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt. Rundungsabweichungen.

1) Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit in Prozent des Volkseinkommens

2) Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen und sonstige Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Prozent des Volkseinkommens.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2010, Bonn 2010 und Statistisches Bundesamt et al.: (Hrsg.): Datenreport 2008 Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2008.

THOMAS ZANDER

12

# Lohnquote und Unternehmensquote Deutschland 1970 - 2008



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2010, Bonn 2010 und Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2008

# Entwicklung des BIP-> Lohnquoten 2008 ff. Nationaleinkommen und Volkseinkommen

	Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitsnehmerentgelt		Unternehmens- u. Vermögenseinkommen		
	in Mrd. €	Q/J	in Mrd. €	Q/J	in Mrd. €	Q/J	in Mrd. €	Q/J	
2008 1.Vj.	526,00	0,4	476,69	0,3	303,81	1,3	63,7	172,88	- 1,5
2.Vj.	632,83	1,1	479,50	0,6	306,86	1,0	64,0	172,64	- 0,1
3.Vj.	628,04	- 0,8	472,89	- 1,4	306,62	0,6	65,3	164,27	- 4,8
4.Vj.	615,76	- 2,0	461,63	- 2,4	310,45	0,6	67,3	151,18	- 8,0
2009 1.Vj.	596,63	- 3,1	444,60	- 3,7	308,20	- 0,7	69,3	136,40	- 9,8
2.Vj.	599,19	0,4	444,47	- 0,0	307,03	- 0,4	69,1	137,44	0,8
3.Vj.	614,34	2,5	457,69	3,0	306,34	0,4	67,3	149,49	8,8
4.Vj.	643,56	4,8	466,31	1,8	309,69	0,4	66,4	156,52	4,7
2010 1.Vj.	621,48	- 0,3	470,33	0,9	313,07	1,1	66,6	157,26	0,5
2.Vj.	634,28	2,1	477,40	1,5	315,96	0,9	62,2	161,62	2,8
3.Vj.	641,61	1,2	482,71	1,1	319,18	1,0	66,1	163,53	1,2
4.Vj.	652,03	1,6	491,57	1,8	322,17	0,9	65,5	169,40	3,6
2011 1.Vj.	662,99	1,7	501,81	2,1	327,16	1,5	65,2	174,65	3,1
2.Vj.	662,90	0,1	499,58	- 0,4	330,99	1,1	64,2	168,49	- 3,4
3.Vj.	670,23	1,0	509,01	1,9	332,99	0,6	65,9	172,42	2,2
4.Vj.	679,82	0,2	505,44	0,7	335,28	0,7	66,3	170,36	- 1,2
2012 1.Vj.	693,06	1,9	516,39	2,1	339,67	1,3	65,8	176,72	3,7
2.Vj.	678,44	- 0,7	510,78	- 1,1	343,93	1,3	67,3	166,85	- 5,6
3.Vj.	693,71	0,8	513,70	0,6	348,60	0,5	67,9	168,10	0,7
4.Vj.	684,87	- 0,2	513,39	- 0,1	348,85	0,8	67,9	164,94	- 1,9
2013 1.Vj. €	686,72	0,3	518,87	1,0	350,08	0,5	67,5	168,39	2,1
2.Vj. €	701,85	2,2	531,58	2,5	353,00	0,8	66,4	178,58	6,1
3.Vj. €	704,87	0,4	532,34	0,1	354,64	0,5	66,6	177,70	- 0,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Rechenstand November 2013. + Kalendereinfluss nicht ausgeschlossen. 1 Erweist sich als saisonbereinigtes Grundniveau. 2 Umfasst Sozialbeiträge der Arbeitgeber. 3 Umfasst neben den Einkommen aus Unternehmensgewinn auch Zinsen, Dividenden, Gewinnausschüttungen, Mietpachten und reinvestierte Gewinne aus deren die übrigen) Wkt.

▲ Vierteljährliche Veränderung des Bruttonationaleinkommens, des Volkseinkommens sowie des (als Anteil erwerbender Unternehmens- und Vermögenseinkommens) durch besonders große Konjunkturgleichgewichte beeinflusst, die sich im Halbjahr weitgehend ausprägen.



## C. Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme



## Gesetzliche Krankenversicherung

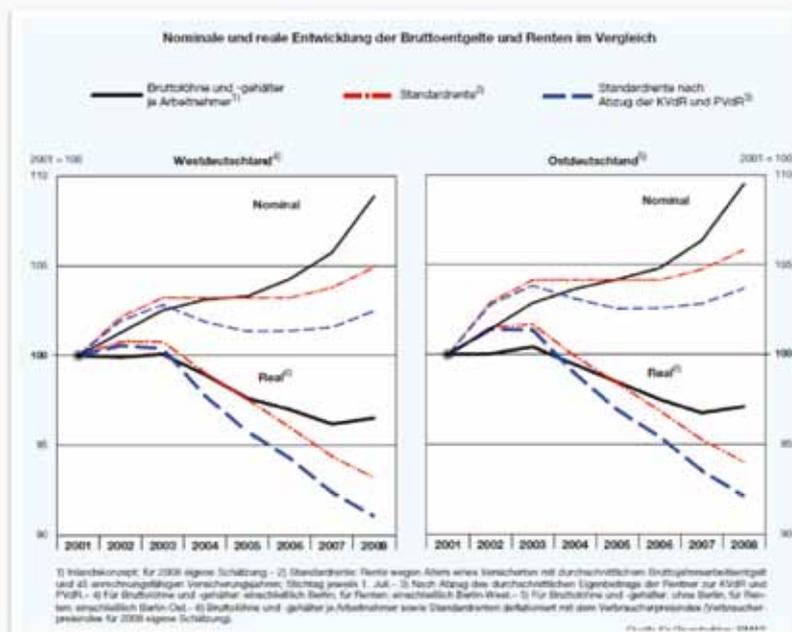
- 11,3 % vom BIP gehen in das Gesundheitswesen (OECD: 9,3%)
- Finanzierung hängt direkt ab von der Entwicklung der Lohneinkommen, der Anpassung der Beitragsmessungsgrenze, der Heranziehung anderer Einkommensarten, der Rentenentwicklung
- erwünschter medizinisch-technischer Fortschritt treibt die Kosten
- Hohe Hospitalisierungsrate, hohe OP-Fallzahlen -> gewollt?
- Ausgabenentwicklung: Finanzbedarf steigt 2013 und 2014 trotz Beschäftigungszuwächsen stärker als das Beitragsaufkommen: ca. +5,5 % p.a. (Schätzerkreis beim BVA)
- Ineffizientes System

## Solidarische Finanzierung? § 3 SGB V < - > § 249 SGB V

- Kritik: Arbeitgeber werden weiterhin nicht an der Kostensteigerung im Gesundheitswesen beteiligt, dies geht zu Lasten der Lohnquote. Forderung deshalb: Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesundheitsausgaben.
- weitere Handlungsmöglichkeiten im System: Heranziehung von Vermögenseinkommen für Zwecke der Beitragsbemessung;
- Systemalternative: Bürgerversicherung? (D) Wertschöpfungsabgabe? (Ö);
- Exkurs Pflegeversicherung:
- Der Aufbau eines zusätzlichen kapitalgedeckten Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank sollte hinterfragt werden.

# Gesetzliche Rentenversicherung

- Deutschland wendet derzeit ca. 10% seines BIP für Zwecke der Alterssicherung auf, dies wird bis 2050 auf bis zu 13% steigen (OECD, 2013)
- Die aus der gesetzlichen Rente erzielbaren Netto-Ersatzraten gehören zu den zehn niedrigsten in der OECD
- Niedrige Löhne... verursachen niedrige Renten und Altersarmut!
- Wünschenswerte Korrektur der Sichtweisen:  
**Rentenbeiträge** sind keine bloßen "Lohnnebenkosten", die den Arbeitgeber belasten, sondern erarbeitete "eigennützige Lohnbestandteile" der Arbeitnehmer, **Renten** sind damit "nachbezahlte Löhne".



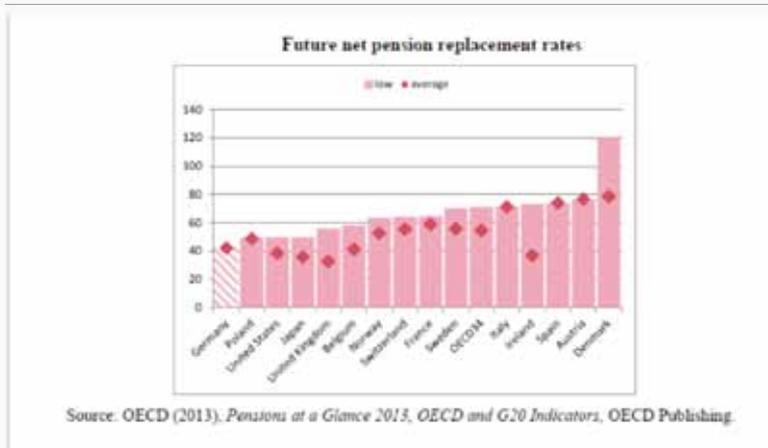
**Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Rentenzugänge<sup>1)</sup> 2012**

alte Bundesländer

Rentenart	Männer Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag <sup>2)</sup> in Euro	Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag <sup>2)</sup> in Euro	Männer und Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag <sup>2)</sup> in Euro
<b>Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt<sup>3)</sup></b>	73 108	647	69 527	571	142 635	610
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung <sup>4)</sup>	9 225	404	9 240	321	18 465	362
voller Erwerbsminderung <sup>5)</sup>	61 963	684	40 258	409	122 221	647
<b>Renten wegen Alters insgesamt</b>	274 247	898	275 904	493	550 173	495
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit	39 599	1 198	6 599	847	46 198	1 148
für Frauen	-	-	82 032	477	82 032	677
für schwerbehinderte Menschen	39 504	1 155	24 852	772	64 058	1 008
für langjährig Versicherte	74 043	1 020	18 933	555	92 976	925
für besonders langjährig Versicherte	8 927	1 465	1 490	1 097	10 417	1 412
Regelaltersrente	112 157	575	142 300	308	254 457	426
<b>Renten wegen Todes insgesamt</b>	45 644	234	203 521	575	301 350	450
davon:						
Waisen-/Witwenrenten	45 485	225	202 508	574	247 993	512
Waisenrenten <sup>6)</sup>					52 183	154
Erziehungsrenten	161	545	1 013	677	1 174	659
<b>Renten insgesamt</b>	393 021	774	548 954	533	944 158	409
nachrichtlich:						
<b>Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt</b>	347 375	845	345 433	509	692 808	677

1) Ohne Knappschaftsausgleichleistungen, Nullrenten, keine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 SGB.  
2) Rentenhöhe inkl. Aufwülbbeitrag, nach Abzug des KVdR/VWdR-Beitrags.  
3) Inkl. Renten an Bergleute wegen Verletzung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.  
4) Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000.  
5) Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.  
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2012

## Handlungsbedarf Altersrenten/ Versorgungsniveau



# Handlungsbedarf Erwerbsminderung



THOMAS ZANDER

22

## Die Ausgaben des Bundes 2012 bis 2017 nach Aufgabenbereichen

	Ist 2012	Soll 2013	Entwurf 2014	Finanzplan		
				2015	2016	2017
- in Mrd. € -						
<b>3.2.1 Soziale Sicherung</b>						
3.2.1.1 Rentenversicherungsleistungen .....	81384	81,162	82,513	84,574	86,827	90124
3.2.1.2 Arbeitsmarkt .....	39,122	31,852	30,438	30,393	30,493	30,694
3.2.1.3 Familienpolitische Leistungen .....	5,750	5,903	6,501	7,043	7,124	7,121
3.2.1.4 Wohngeld .....	0,592	0,630	0,630	0,630	0,630	0,630
3.2.1.5 Wohnungsbauprämie .....	0,386	0,354	0,300	0,335	0,210	0,215
3.2.1.6 Kriegsopferleistungen .....	1,557	1,459	1,359	1,247	1,185	1,128
3.2.1.7 Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Lastenausgleich, Leistungen im Zusammenhang mit Kriegsfolgen ...	0,645	0,701	0,664	0,646	0,633	0,620
3.2.1.8 Landwirtschaftliche Sozialpolitik .....	3,659	3,662	3,606	3,600	3,614	3,622
3.2.1.9 Gesetzliche Krankenversicherung ...	14,000	11,500	10,500	14,700	14,700	14,700
3.2.1.10 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung .....	1,854	3,890	5,498	5,883	6,295	6,736
3.2.1.11 Sonstige Maßnahmen im Sozialbereich .....	4,782	4,172	4,447	4,439	4,528	4,537



THOMAS ZANDER

23

# Referentenentwurf zum RV-Leistungsverbesserungsgesetz

Mehrausgaben in der gesetzlichen Rentenversicherung (in Milliarden Euro einschließlich Krankenversicherung der Rentner, heutige Werte)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2025	2030
Kindererziehungszeiten	3,3	6,7	6,7	6,6	6,6	6,6	6,6	6,5	6,1
Bes. langj. Versicherte	0,9	1,9	2,2	2,0	1,9	1,8	1,8	2,1	3,1
Erwerbsminderungsrente	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,7	0,8	1,4	2,1
Rehabilitationsbudget	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0	-0,3
<b>Rentenpaket insgesamt</b>	<b>4,4</b>	<b>9,0</b>	<b>9,3</b>	<b>9,3</b>	<b>9,3</b>	<b>9,3</b>	<b>9,4</b>	<b>10,0</b>	<b>11,0</b>

Quelle: Referentenentwurf aus dem BMAS vom 15.01.2014, Stand: 18 Uhr

## D. Fazit

- Schneller wirtschaftlicher Wandel erfordert mehr als marginale Korrekturen am deutschen Alterssicherungssystem und am Krankenversicherungssystem.
- Bindung der Versicherungspflicht an abhängige Beschäftigung entspricht nicht (mehr) der wirtschaftlichen Realität.
- Das Sicherungsziel der GRV muss (wieder) klar werden; Beitragssatzstabilität (§ 154 SGB VI) ist nicht wichtiger als der Sicherungszweck, denn: Versorgungslücken müssen vom Staat finanziert werden.
- Eine Stärkung der Lohnquote stärkt die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme in Deutschland

## Beispiel Konsequenzen für Prävention und Rehabilitation.

Prof. Dr. med. Bernhard Greitemann, Leiter der Münsterlandklinik

### Technologischer Wandel – Zukunftsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme in Deutschland und Europa

20. Januar 2014  
Düsseldorf

### Konsequenzen für Prävention und Rehabilitation

**Prof. Dr. med. Dipl. oec. Bernhard Greitemann**  
Reha Klinikum Bad Rothenfelde Klinik Münsterland



## Inhalt

- Folgen der demografische Entwicklung
- Veränderung der Krankheitsspektren
- Herausforderungen
- Lösungsstrategien
- Fazit

## Folgen der demografische Entwicklung

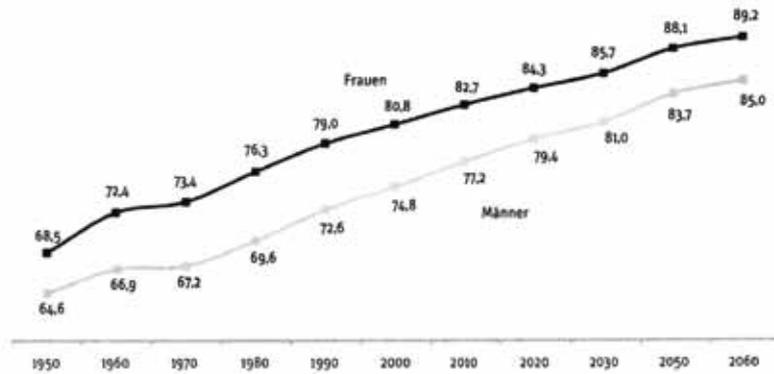
- ⇒ Steigende Lebenserwartung
- ⇒ Zunehmender Anteil älterer Menschen
- ⇒ Steigender Reha-Bedarf in höheren Altersgruppen
- ⇒ Steigender Anteil älterer Arbeitnehmer
- ⇒ Drohender Facharbeitermangel

## Folgen der demografische Entwicklung

### ⇒ Steigende Lebenserwartung

#### Lebenserwartung bei Geburt

in Jahren  
1950 - 2060, Bundesgebiet



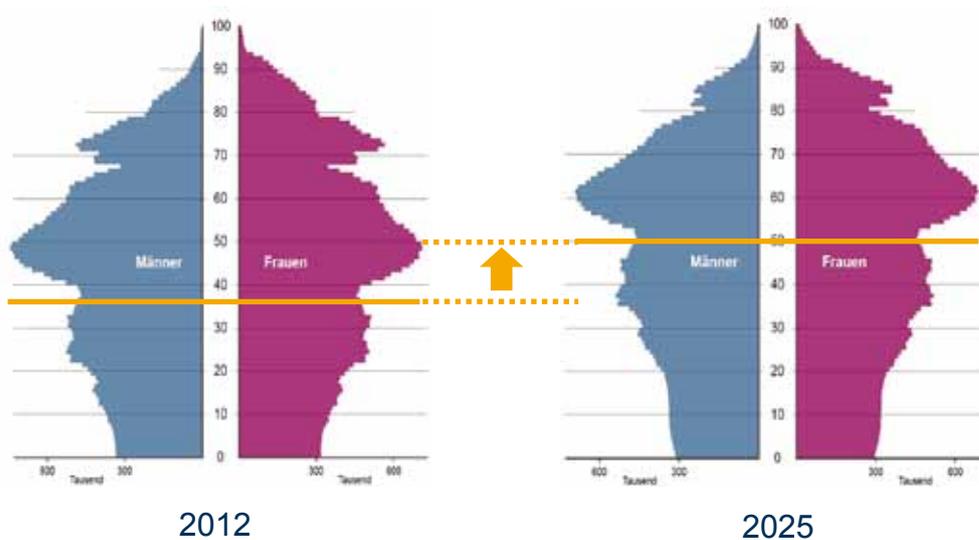
Quelle: Eigene Darstellung nach Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vdek-Basisdaten des Gesundheitswesens 2011/2012



## Folgen der demografische Entwicklung

### ⇒ Zunehmender Anteil älterer Menschen



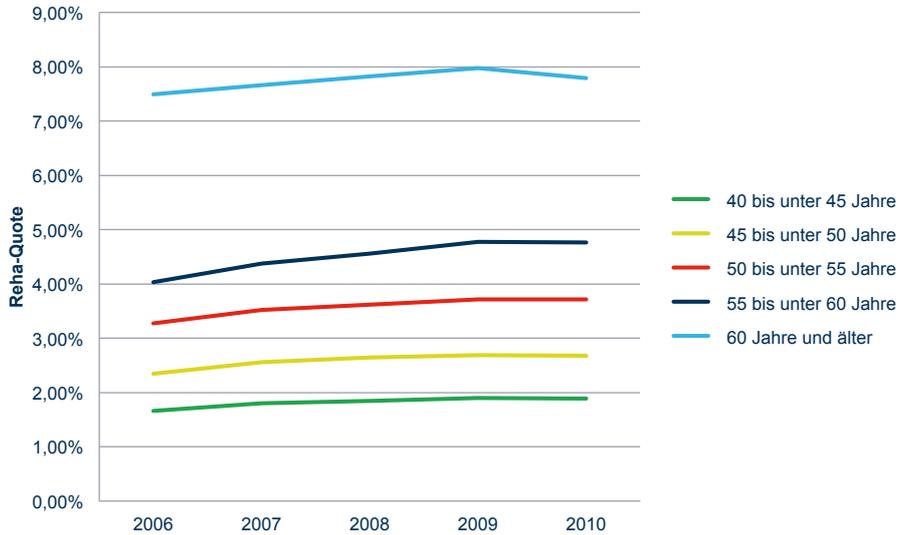
© Statistisches Bundesamt 2006



## Folgen der demografische Entwicklung

### ⇒ Steigender Reha-Bedarf in höheren Altersgruppen

Entwicklung der "Reha-Quote" bezogen auf aktiv Versicherte in den Altersgruppen



\*Quellen: Bevölkerungsentwicklung: Destatis; Reha-Fälle: GBE des Bundes und Statistik der DRV; eigene Berechnungen

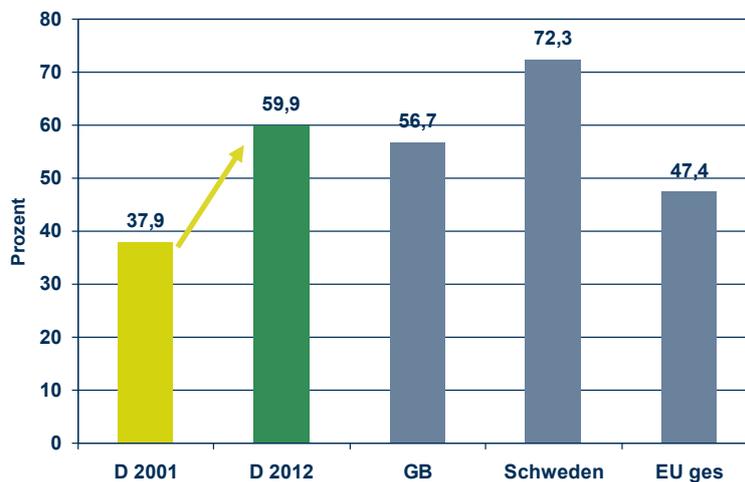


## Folgen der demografische Entwicklung

### ⇒ Steigender Anteil älterer Arbeitnehmer

Abbau von Vorruhestandsregelungen, Initiative „50 Plus“, verlängerte Lebensarbeitszeit infolge der Anhebung des Renteneintrittalters auf 67 Jahre ab 2012

Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer (55-64 Jahre) im europäischen Vergleich 2012



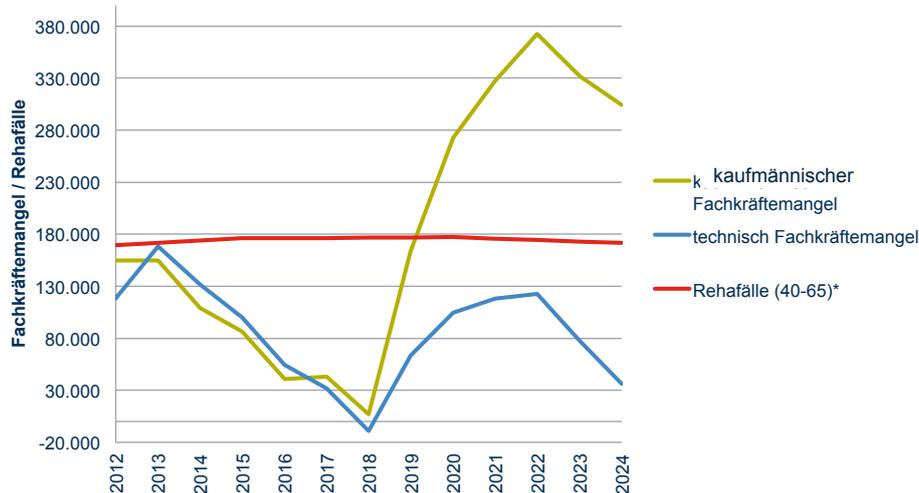
Quelle: eurostat / Europäische Kommission



## Folgen der demografische Entwicklung

### ⇒ Drohender Facharbeitermangel

Rehafälle (Alter 40-65) und Fachkräftemangel NRW  
(Basis eigene Berechnungen und Fachkräftemonitor IHK)\*\*



\* Variante: konstante Quote der aktiv Versicherten in der Altersgruppe 60+

\*\*Quellen: Bevölkerungsentwicklung: Destatis und stat. Landesämter; Reha-Fälle: GBE des Bundes und Statistik der DRV; eigene Berechnungen

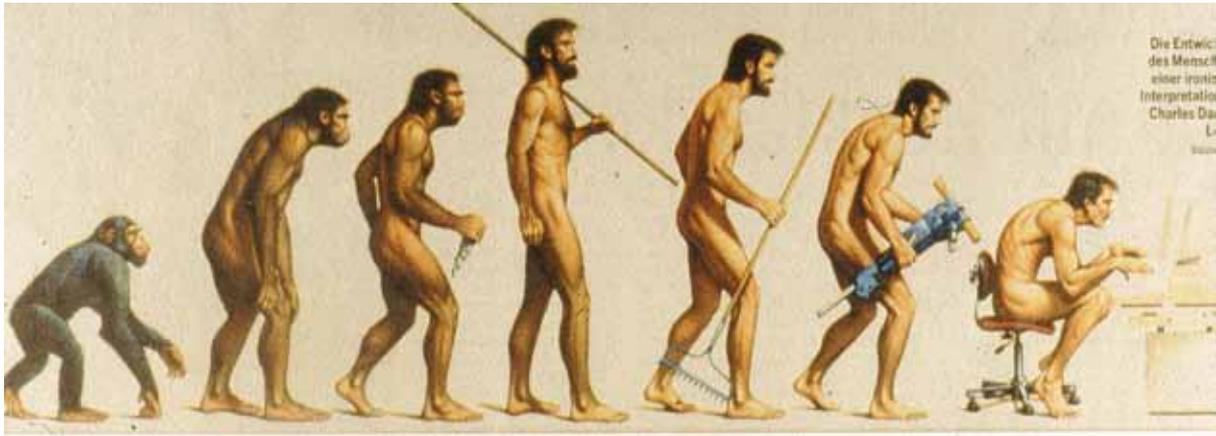


## Soziale und verhaltensbedingte Ursachen für Rückenschmerz in den Industriestaaten

- geänderte Arbeitsbedingungen  
(im Jahr 2000 geschätzt 21 Mio. Büroarbeitsplätze, Arbeitsverdichtung, Arbeitsplatzangst)
- problematische Arbeitsmarktsituation
- geändertes Freizeitverhalten (PC, Fernseher, I-Pods/Pads)
- geänderte Krankheitsakzeptanz
- sekundärer Krankheitsgewinn  
(Rente besser akzeptiert als ALO)



## Die Evolution der Menschheit



Deutsche  
Rentenversicherung  
Westfalen

## Arbeitsanforderungen steigen

⇒ Veränderung in der Arbeitswelt:

- ⇒ zunehmender Zeitdruck
- ⇒ Arbeitsverdichtung
- ⇒ ständige Erreichbarkeit
- ⇒ Medien-“Überflutung“ (Mails etc.)
- ⇒ Globalisierung
  - ⇒ Dadurch bedingte dauernde Reformen und Neuorientierungen
- ⇒ Existenzängste

⇒ Industriegesellschaft



körperliche Belastungen  
= Schnittstelle Mensch - Maschine

⇒ Dienstleistungsgesellschaft

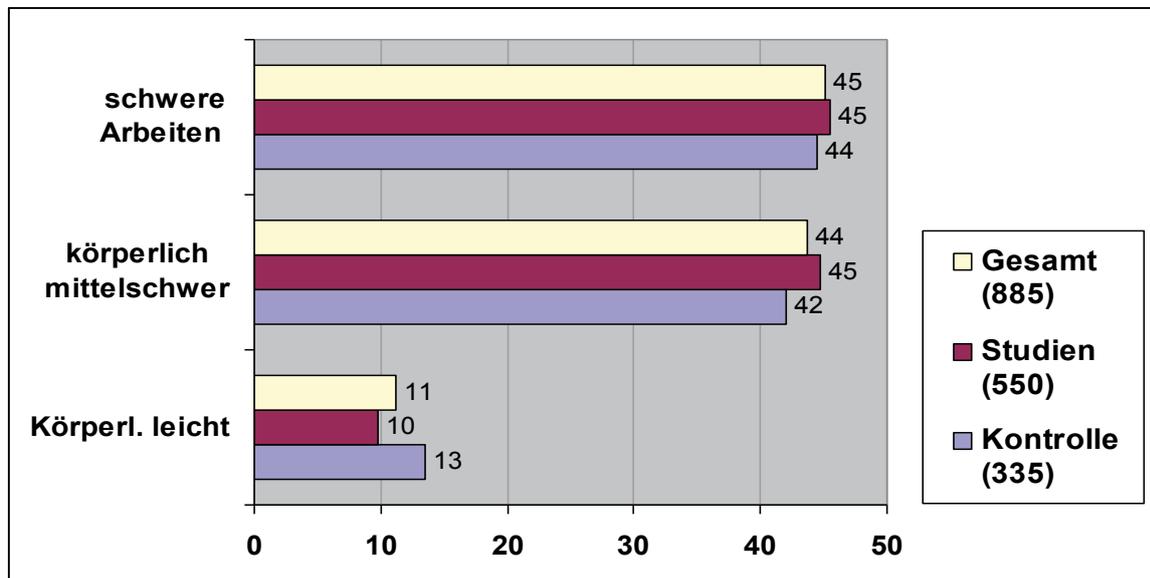


mehr Belastungen des Gehirns  
= Schnittstelle Mensch - Mensch

**„in einer Wissens-intensiven Dienstleistungsgesellschaft wird das Gehirn zum wichtigsten Organ  
Investitionen in Teamorganisation und Kooperationen sind wichtig“  
Dr. U. Walter, Bielefeld**

Deutsche  
Rentenversicherung  
Westfalen

## t0: (Subjektive) Schwere der körperlichen Arbeit (%)



## Veränderung der Krankheitsspektren

- ⇒ Veränderungen bei den Erwerbstätigen generell
  - ⇒ Familienorientierung
  - ⇒ Work-Life-Balance
  - ⇒ Mehr TZ-Jobs
  - ⇒ „Patchwork“-Beschäftigungsverhältnisse
  - ⇒ Traditionelle emotionale „Bindung“ an einen Betrieb sinkt
- ⇒ Veränderungen in den Personen
  - ⇒ Belastbarkeit nimmt im Alter ab
  - ⇒ Belastbarkeit wg. chron. Erkrankungen vermindert

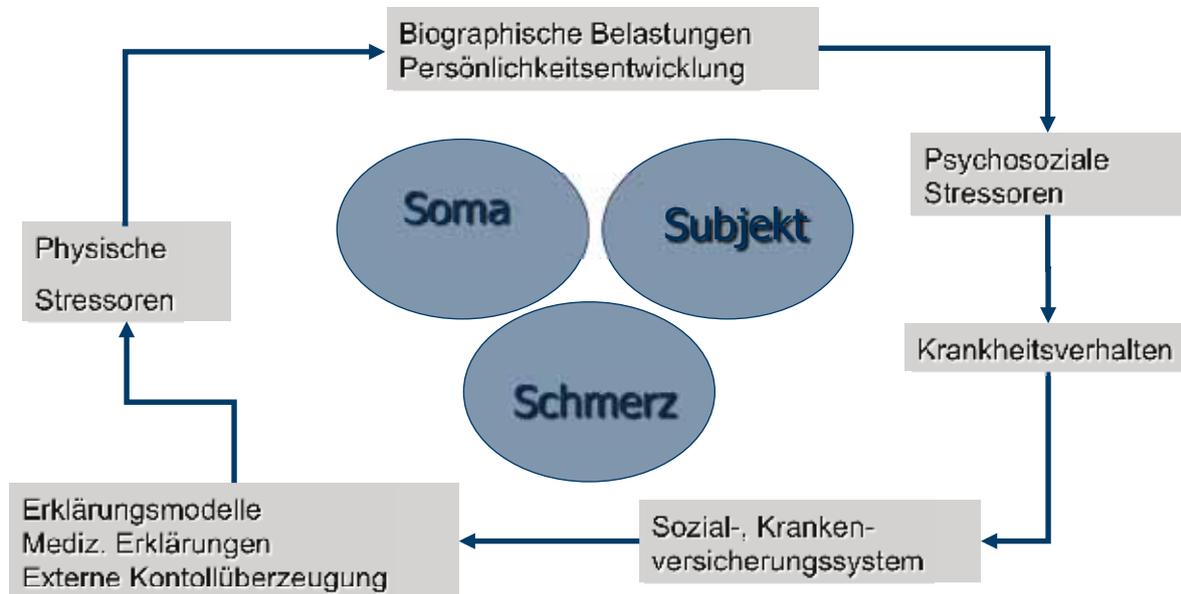
## Veränderung der Krankheitsspektren

- ⇒ Veränderungen im Krankheitsspektrum
  - ⇒ Zunahme psychischer Erkrankungen (auch als Nebendiagnose)
  - ⇒ Zunahme Streß-bedingter Erkrankungen
  - ⇒ Multimorbidität, chronische Erkrankungen
  - ⇒ Zunahme älterer Patienten



## Veränderung der Krankheitsspektren

### ⇒ Krankheitsmodell



## Bedeutung der sozialen Situation

### ⇒ Komorbiditäten: Psychische Risikofaktoren

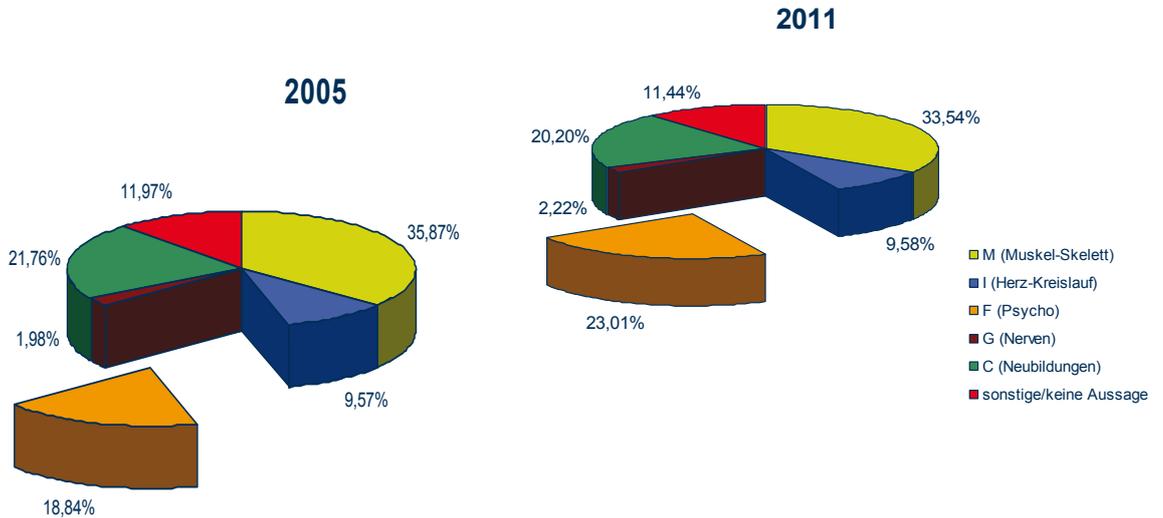
Anteile psychischer Auffälligkeiten bei verschiedenen Grunderkrankungen

	Angst	Depression
Chron. Rückenschmerz AF	20,2%	16,8%
Chron. Rückenschmerz AU	29,3%	30,8%
<b>Chron. Rückenschmerz ALO</b>	<b>44,0%</b>	<b>41,0%</b>
Fibromyalgie	67,9%	46,4%

## Veränderung der Krankheitsspektren

### ⇒ Abgeschlossene stationäre Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige LTA in der GRV

- Veränderung der Anteile aller Diagnosen -



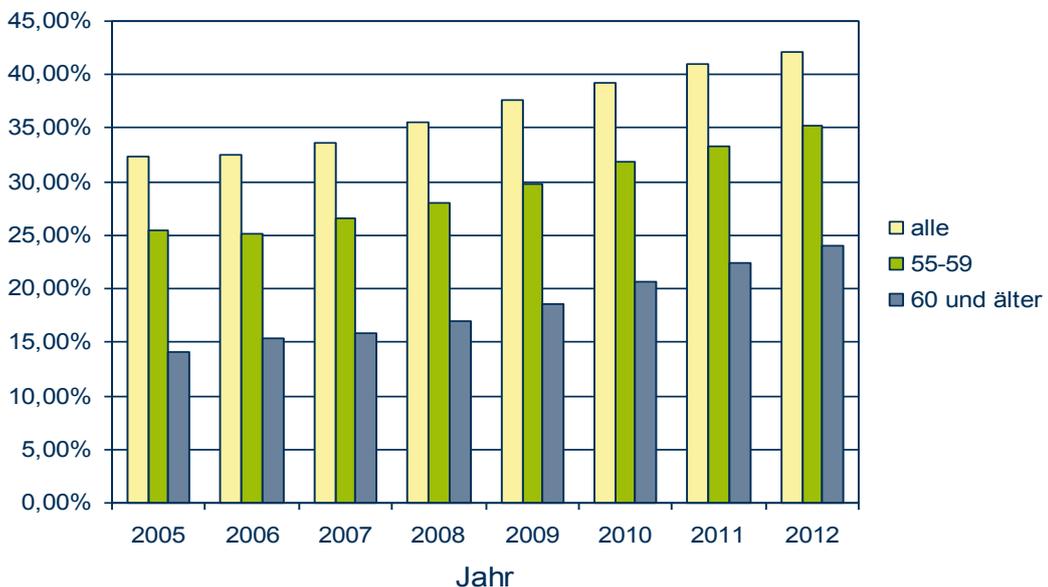
Quelle: GBE des Bundes / destatis 2013



## Veränderung der Krankheitsspektren

### ⇒ Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in der GRV

- Entwicklung der Anteile F-Diagnosen -



Quelle: GBE des Bundes / destatis 2013



## Herausforderungen

- ⇒ Steigende Kosten durch steigende Antragszahlen

Antragssteigerung Leistungen zur med. Rehabilitation (DRV Westfalen)

**2005 zu 2012 = 50,42 %**

**2011 zu 2012 = 1,76 %**

**2012 zu 2013 = - 0,2 % (!)**

- ⇒ Kopplung der Entwicklung des Reha-Budgets an die Bruttolohnentwicklung:  
bisher keine Berücksichtigung eines Demographiefaktors
- ⇒ Anpassung des Angebotes an verändertes Arbeitsumfeld und ältere, multimorbide Versicherte



## Anpassung an Krankheitsspektren

- ⇒ erforderliche Anpassungen am Bsp. Muskel-Skelett-Apparat:
  - ⇒ Anpassung der Arbeitsplätze an die Situation älterer AN
  - ⇒ Hilfsmittel an den Arbeitsplätzen
  - ⇒ Ggf. flexible Arbeitszeitmodelle in Bezug auf körperliche Belastungen
  - ⇒ „Aktive“ und ggf. flexiblere Arbeitspausen
  - ⇒ Betriebliches Gesundheitsmanagement
  - ⇒ Rehabilitation mit Fokus auf „Komorbiditäten“  
(Bspw. beim chron. Rückenschmerz neben Training insbes. Verhaltens-Umorientierungen)



## Rehabilitationsaufgaben aus Sicht der Rentenversicherung

- ➔ Behandlung von geschädigten Körperstrukturen unter funktionellen Gesichtspunkten
- ➔ Vermeidung von Folgeproblemen im Bereich der Fähigkeiten, Aktivitäten, der Teilhabe
- ➔ **Wiedereingliederung in den Erwerbsprozess**
- ➔ **Arbeitsbezogenes Training (MBOR)**

## Lösungsstrategien

## Lösungsstrategien

### ⇒ Frühzeitiger Einsatz von Maßnahmen (Prävention vor Reha)

- Beispiel Projekt Betsi

Modellprojekt über 4 Kliniken: Aktive Prävention in Alltag und Beruf , Gusi ® und 1+12 (DRV-Westfalen, DRV-Bund, DRV-Baden Württemberg)

Implementierung einer *berufsbegleitenden* Maßnahme zur dauerhaften Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit.



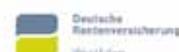
## Lösungsstrategien

Programmdesign:

1. Kurze stationäre oder ganztägig ambulante Initialphase
2. Eine über mehrere Wochen laufende ambulante berufsbegleitende Trainingsphase
3. Auffrischungsphase

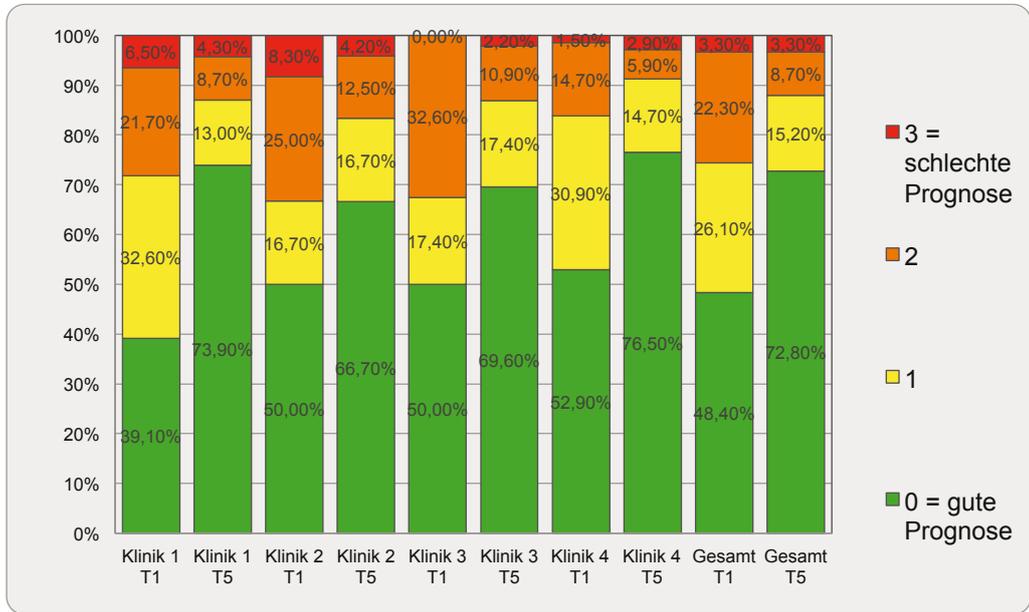
Folgevarianten:

Plan Gesundheit (DRV Rheinland), FRESH (DRV Bund), KompPAS(DRV Rheinland-Pfalz) und FEE (DRV-MD)



## Lösungsstrategien

### Betsi: Entwicklung Subjektive Prognose der Erwerbstätigkeit (SPE)



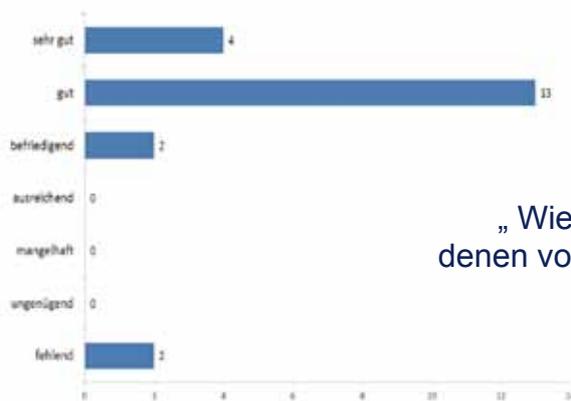
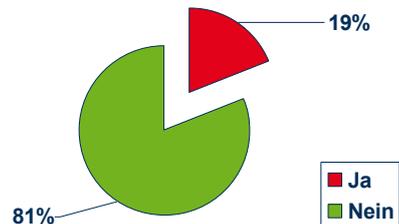
Quelle: Kittel, Fröhlich; 21. Rehabilitationswissenschaftliches Kolloquium, 2012 Hamburg



## Lösungsstrategien

### Betsi: Einschätzung der Betriebsärzte

„Gibt es in den Betrieben Probleme durch die Betsi-Teilnahme?“



„Wie schätzen Sie die Wirksamkeit bei denen von Ihnen rekrutierten Teilnehmern ein?“

Quelle: Kittel, Fröhlich; 21. Rehabilitationswissenschaftliches Kolloquium, 2012 Hamburg



## Lösungsstrategien

### ⇒ Veränderung der Maßnahmen in der stationären Rehabilitation (Verhaltensmodulation, Verhältnismodulation)

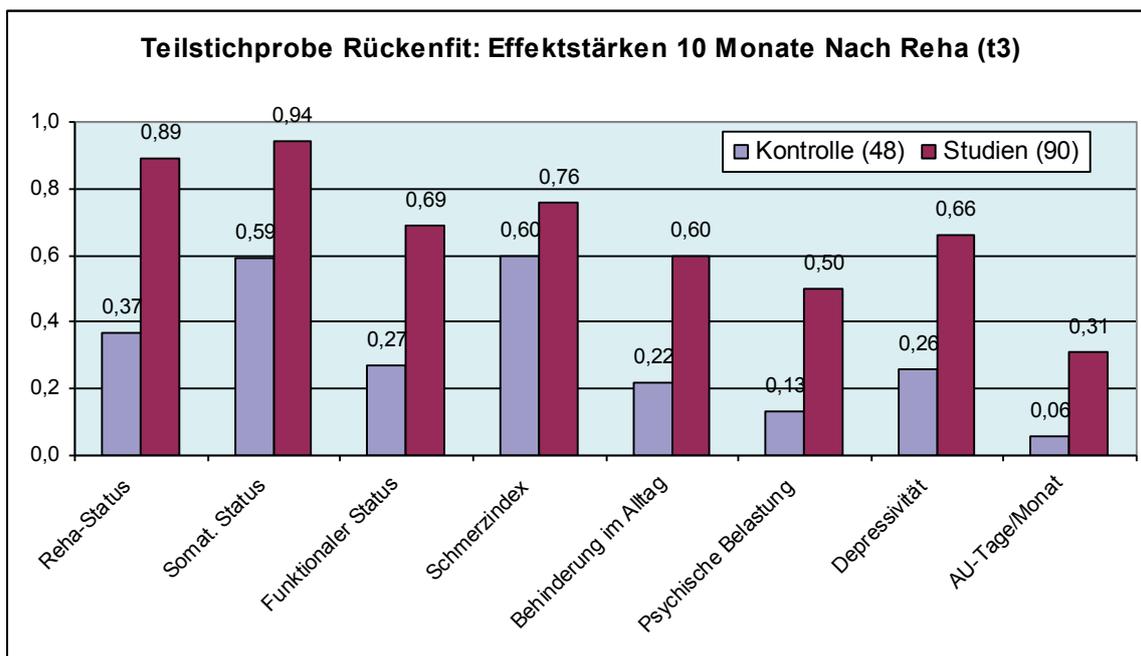
- Beispiel Projekt lopKo

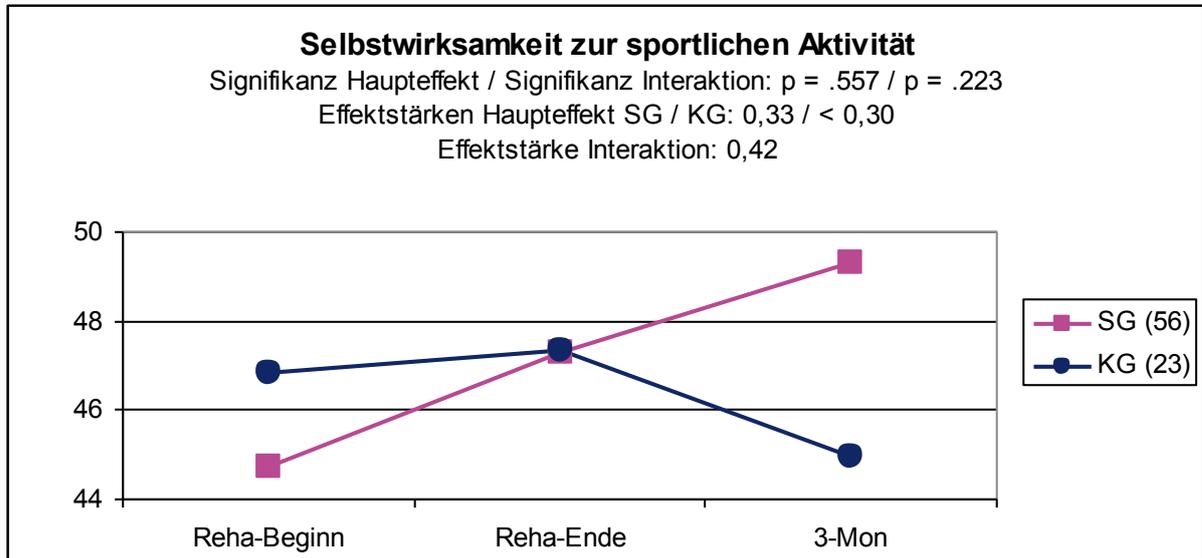
Modellprojekt der Klinik Münsterland mit Univ. Bielefeld  
2000-2006

Implementierung eines verhaltensverändernden Programmes  
bei chronischen Rückenschmerzen



## RF lopKo Effektstärken





## Lösungsstrategien

- ⇒ **Konsequente Individualisierung und Flexibilisierung der Rehabilitation**
- Individualisierte, passgenaue Angebote
  - Forderung nach „Flexibilisierung“ nicht neu:  
in den 90er Jahren Aufbau ambulanter Rehabilitationsformen  
unter diesem Stichwort
  - Heute:  
Ergänzung der durchgehenden dreiwöchigen  
Komplexbehandlung durch zeitlich gestreckte Modelle mit daran  
angepassten Inhalten  
(Ziel: den Arm der Rehabilitation zeitlich zu verlängern)

## Lösungsstrategien

Beispiele flexibler Formen:

- **Kompakt plus:**
  - z.B. 2 Wochen zusammenhängende Rehabilitationsphase
  - + 5 bis 7 Behandlungstage 2- bis 3-mal pro Woche
  
- **Separiert plus:**
  - Kern der Leistung = nicht zusammenhängende, tageweise Durchführung
  - + i.d.R. am Beginn stehende Kompaktphase von bis zu drei, maximal bis zu fünf Tagen zur Erhebung von klinischen Befunden, Assessment, usw.



## Lösungsstrategien

- **Fraktioniert:**
  - Durchführung schwerpunktmäßig zusammenhängend, aber in aufgeteilter Form (z.B. 2- oder 3-wöchige erste Leistung + weitere 1- oder 2-wöchige Leistung im Abstand von  $\frac{1}{4}$  oder  $\frac{1}{2}$  Jahr)
  
- **Modularisiert:**
  - vorrangig bestimmte Module rehabilitationstypischer Leistungen notwendig (z.B. Physiotherapie, Sport- und Bewegungstherapie)
  
- Ggf.: kürzere und flexiblere Modelle Arbeits-begleitend



## MBO-Rehabilitation

Müller-Fahrnow et al. 2005

Medizinische Rehabilitation

Beeinträchtigung der  
Funktionsfähigkeit

Gesundheitsstörung/Krankheit



Medizin. Behandlung hinreichend,  
um Gefährdung/Minderung der  
Erwerbsfähigkeit zu beheben

**MBOR**

Beeinträchtigung der  
Teilhabe am Arbeitsleben

Gesundheitsstörung/Krankheit  
mit Missverhältnis von  
Belastung und Beanspruchung  
am Arbeitsplatz



Medizin. Behandlung nicht  
hinreichend, um Gefährdung/  
Minderung der Erwerbsfähigkeit zu  
beheben



## Lösungsstrategien

⇒ **Hohe Zugangsqualität durch passgenaue Zugangssteuerung zu bedarfsgerechten und beruflich ausgerichteten Angeboten (z.B. MBOR)**

- Entsprechende Zuweisung der Rehabilitanden zu den bedarfsgerechten Leistungsangeboten
- Entwicklung zweckmäßiger und genauer Screening-Instrumente
- Nutzen der Kompetenz der Reha-Einrichtung (Gutachten/ Befundbericht) im Sinne eines schnittstellenübergreifenden Informationstransfers



## MBOR



## MBOR

- **Sozial-berufl. Orientierte Module**
  - Sozialberatung
    - Einzelberatung
    - BOR-Modul berufl. Reha
      - Rentenrecht
      - Leistungsbildbeurteilung
      - Schwerbehindertenrecht
      - Kündigungsschutz / Arbeitsrecht
    - LTA-Möglichkeiten
    - Bewerbertraining / Ressourcendarstellung
    - Ggf. Interessentests (mit Psychologen)
    - Kontaktaufnahme Betrieb
    - Anbahnung LTA / Stufenweise Reintegration

## MBOR

- **Psychisch wirksame Module**
  - Anti-Stress
  - Selbstbehauptung
  - Entspannungstechniken
  - Ressourcenorientierung
  - Etc. etc.

## Lösungsstrategien

- ⇒ **Vernetzung an der Schnittstelle Medizinische/Berufliche Rehabilitation**
  - Beispiel RehaFuturReal ®  
  
Beratungs- und Koordinierungsleistungen der Deutschen Rentenversicherung (DRV) optimieren  
  
Individuelle und passgenaue Leistungen unter verstärkter Einbindung der Betriebe  
  
Effektiver genutzten Zeiträume für die Leistungsempfänger

## Lösungsstrategien

### Programmdesign:

- Erweiterung des Beratungsangebotes
- Umfangreiche Schulung der Mitarbeiter (Case-Management)
- Nutzung von Netzwerken, Zusammenarbeit mit BFWs
- Formative Begleitevaluation zur Prozessoptimierung

## Lösungsstrategien

### ⇒ Verstärkter Fokus auf die Nachsorge

- Bedeutung der Nachsorge für die Nachhaltigkeit von rehabilitativen Maßnahmen nachgewiesen
- Vielversprechende Ansätze
  - z.B. im Bereich telefonische Nachsorge/Kontrolle,
  - neue Möglichkeiten durch internetbasierte Angebote
- Zeitlicher Rahmen muss ausreichend bemessen sein, um Lebensstiländerungen dauerhaft zu erreichen

## Lösungsstrategien

⇒ **Case-Management**

- Notwendigkeit einer durchgehenden Versorgung, organisiert durch ein fortlaufendes Case-Management

bisher: Einzelbetrachtung mit Lücken

Prävention      Rehabilitation      Nachsorge

zukünftig: strukturiert und lückenlos

Deutsche Rentenversicherung Westfalen

## Lösungsstrategien

**BGM**      **Betsi**      **MBOR**

Nicht ausreichend      Nicht ausreichend

Deutsche Rentenversicherung Westfalen

## Lösungsstrategien

- Umfassende Beratung und Fallanalyse
- Passende Instrumente und Leistungen
- Frühzeitiges Erkennen von gesundheitlichen Risiken
- Begleitung des Versicherten bis zu erfolgreichen Wiedereingliederung in das Erwerbsleben
- Umfangreiche Vernetzung mit anderen Leistungsträgern, Dienstleistern und Verbänden

## Lösungsstrategien

### ⇒ Verstärkte Forschungsbemühungen

- Ursache und Wirkungszusammenhänge (z.B. Arbeitsumfeld)
- Weitere Verbesserung therapeutischer Maßnahmen
- Berücksichtigung der ICF (Orientierung an Funktionsstörung)
- Spezielle Anforderungen von Bevölkerungsgruppen (Migranten, ältere Arbeitnehmer, Schichtarbeiter ...)

## Fazit

- ⇒ Anpassungen in der Arbeitswelt erforderlich
  - ⇒ Ergonomie
  - ⇒ Hilfsmittel
  - ⇒ Aktive Gesundheitsförderung (Prävention)
- ⇒ Ein positives Image von Arbeit muss gefördert werden
  - ⇒ Nicht nur „Broterwerb“
  - ⇒ Auch „aktive Teilhabe“ (Bsp. Japan)
- ⇒ Rehabilitation muss und wird flexibler werden
- ⇒ Stationäre Reha aber gerade wg. der erhöhten Anforderungen weiter wichtig (Psyche, Belastbarkeit, Ältere)
- ⇒ Engere Verflanschung Betrieb - Rehabilitation erforderlich
- ⇒ Flankierende Unterstützung seitens der Politik und der Träger ist erforderlich

## **Bedeutung der europäischen Dimension.**

**Dr. Bernd Schulte**, wissenschaftlicher Referent  
(bis 2011 am Max-Planck-Institut für ausländisches und  
internationales Sozialrecht, München)

**Dr. Bernd Schulte**

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-  
Westfalen

*Workshop „Technologischer Wandel – Zukunftsfähigkeit  
sozialer Sicherungssysteme in Deutschland und Europa“*

Düsseldorf, den 20. Januar 2014

### **Bedeutung der Europäischen Dimension**

Dr. Bernd Schulte, wissenschaftlicher Referent und Consultant  
ehem. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht in München  
Marbachstr. 15 A | D-81369 München | T: +49 (0)89-760 57 91 | M: +49 (0)179-593 85 96 | E: dr.bernd.schulte@t-online.de

# Die soziale Dimension der Europäischen Union

## Binnenmarkt

*„Der Binnenmarkt ist ein Eckpfeiler für die Sicherung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Er muss seine Wirkung voll entfalten können und muss weiter vertieft werden. Die Vollendung des Binnenmarkts, die Schaffung geeigneter Regelungen, aber auch die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Qualifikationen sowie die Übertragbarkeit von sozialer Absicherung in der EU können bedeutende Wachstumsimpulse setzen.“ (Koalitionsvertrag 2013)*

## Rechtsgemeinschaft

Im Unterschied zu allen anderen internationalen Organisationen waren Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Gemeinschaft und ist heute die Europäische Union eine Rechtsgemeinschaft, die autonom im Rahmen der ihr von den Mitgliedstaaten durch entsprechenden Souveränitätsverzicht übertragenen Zuständigkeiten eigenes Recht (Sekundärrecht) setzt, das jedem anderen Recht der Mitgliedstaaten (einschließlich des Verfassungsrechts) vorgeht.

## Ziele der Europäischen Union

Gemäß Art. 3 des *Vertrags über die Europäische Union* wirkt die Union

*„auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisparität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, (...).*

*Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes.*

*Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. (...)*“

## Europäische Grundrechte

Die Europäische Grundrechtecharta bekräftigt unter Achtung der Zuständigkeit und Aufgaben der Union und des Subsidiaritätsprinzips die Rechte, die sich u. a. aus den gemeinsamen Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten ergeben.

Der – gleichlautend mit dem Grundgesetz – die Würde des Menschen an die Spitze stellende Katalog der Grundrechte, enthält neben den „klassischen“ Freiheitsrechten Gleichheits- und soziale Rechte, die ihrem Umfang nach über alles hinausgehen, was diesbezüglich in den Verfassungen der Mitgliedstaaten – und zumal auch im Grundgesetz – gewährleistet wird.

Die Charta gilt für Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union sowie für die Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Unionsrecht, strahlt darüber hinaus aber auch auf die Verfassungs- und Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten aus.

## Unionsbürgerschaft

Gemäß Artikel 9 EUV ist Unionsbürger, *„wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsangehörigkeit hinzu, ersetzt sie aber nicht.“*

Gemäß Artikel 21 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hat jeder Unionsbürger u. a. *„das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten.“*

## Verbot der Diskriminierung

Gemäß Art. 21 Abs. 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) sind

*„Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung“* verboten.

Artikel 18 AEUV bestimmt, dass unbeschadet besonderer Bestimmungen der Verträge

*„in ihrem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten“* ist.

Mit der Einführung der Unionsbürgerschaft und dem Diskriminierungsverbot wegen der Staatsangehörigkeit ist der rechtliche Status von Inländern und EU-Ausländern in den EU-Staaten stark angenähert worden, auch im Hinblick auf soziale Rechte, deren Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit immer mehr durch den Aufenthalt auf dem jeweiligen mitgliedstaatlichen Territorium ersetzt wird.

Die Erfahrungen, die insbesondere im Lichte der Judikatur des Europäischen Gerichtshofs mit der Gleichbehandlung von Männern und Frauen gemacht worden sind, lassen erwarten, dass über die konkreten Vorschriften der auf der Grundlage von Artikel 19 AEUV erlassenen Gleichbehandlungsrichtlinien, die hierzulande u. a. zum Erlass des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) geführt haben, hinaus, das Diskriminierungsverbot in Deutschland, das über keine „eigenständige Antidiskriminierungskultur“ verfügt, Recht und Rechtswirklichkeit tiefgreifend prägen wird. In diese Richtung weisen auch die Erfahrungen, die seit 2009 mit der UN-Behindertenrechtskonvention gemacht worden sind.

## Europäische Beschäftigungspolitik

Titel IX Beschäftigung des AEU-Vertrages sieht die Entwicklung einer *koordinierten Beschäftigungsstrategie* vor, die insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer sowie der Fähigkeit der Arbeitsmärkte hinwirkt, u. a. mit dem Ziel, auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wandels zu reagieren, um die Ziele des EU-Vertrages zu erreichen.

Die Abstimmung der Beschäftigungspolitiken, das Anstreben eines hohen Beschäftigungsniveaus, Leitlinien zur Prüfung der Beschäftigungslage u. a. sind die einschlägigen Rechtsinstrumente, die sich in der infolge der „Euro-Krise“, die auch eine Beschäftigungskrise zur Folge hat, künftig bewähren müssen.

## Europäische Sozialpolitik

Titel X Sozialpolitik des AEU-Vertrages regelt die sozialpolitischen Kompetenzen der Union, die seit Anfang der 1990er Jahre systematisch ausgeweitet worden sind und der Union Handlungsmöglichkeiten zur Verwirklichung ihrer sozialen Ziele eröffnen. Die Union unterstützt und ergänzt die Tätigkeit der Mitgliedstaaten auch im Bereich der sozialen Sicherheit, anerkennt und fördert die Rolle der Sozialpartner u. a. im sog. sozialen Dialog und fördert die sozialpolitische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.

Der *Europäische Sozialfonds* ist ein Instrument zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Binnenmarkt, dem gerade heute große praktische Bedeutung zukommt.

## Demografischer Wandel

Als Folge des demografischen Wandels altern die europäischen Gesellschaften.

Dies hat bereits zu einem Infragestellen zahlreicher überkommener gesellschaftlicher Normen geführt mit dem Ziel, es älteren Menschen zu ermöglichen, an Wirtschaft und Gesellschaft teilzuhaben. Das Fortbestehen starrer Altersgrenzen führt aufgrund entsprechender gerontologischer Befunde, wirtschaftlicher und arbeitsmarktspezifischer Erfordernisse sowie der spezifischen Rechte älterer Menschen – Schlagwort „Verbot der Diskriminierung wegen des Alters“ – vermehrt zu Forderungen nach ihrer Aufhebung oder Flexibilisierung.

## Migration

*„Wir wollen die Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU erhalten. Wir werden deshalb der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken. (...)*

*Die Armutswanderung führt in einzelnen großstädtisch geprägten Kommunen zu erheblichen sozialen Problemlagen bei der Integration, Existenzsicherung, Unterbringung und Gesundheitsversorgung. Wir erkennen die Belastung der Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben an. Besonders von Arbeitsmigration betroffene Kommunen sollen zeitnah die Möglichkeit erhalten, bestehende bzw. weiter zu entwickelnde Förderprogramme des Bundes (z. B. Soziale Stadt) stärker als bisher zu nutzen.“ (Koalitionsvertrag 2013)*

Dr. Bernd Schulte, wiss. Referent und Consultant, München

14

## Alterssicherung

Das Ziel, die langfristige Finanzierbarkeit der Alterssicherungssysteme angesichts der demografischen Entwicklung sicherzustellen, ohne die kommende Generation finanziell zu überfordern, ist ein gemeinsames Ziel der Mitgliedstaaten im Hinblick auf diesen Teilbereich der sozialen Sicherheit, der allenthalben den „Löwenanteil“ des Sozialbudgets (rd. 40 v. H.) ausmacht.

Ein „public/private-mix“, der dem Leitbild der „Lebensstandardsicherung aus mehreren Säulen“ entspricht, ist dabei i. d. R. der Weg der Wahl, die Anhebung der Altersgrenzen für die Inanspruchnahme von Altersrenten ein im Rahmen der politischen Strategie der sog. Offenen Methode der Koordinierung (OMK) weitgehend abgestimmter Schritt.

Dr. Bernd Schulte, wiss. Referent und Consultant, München

15

## Die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten stehen vor vergleichbaren Herausforderungen:

- Demografischer Wandel, insbesondere Alterung der Bevölkerung
- Medizinischer und vor allem medizintechnologischer Wandel
- Wirtschaftliche Integration der nationalen Volkswirtschaften im Binnenmarkt, die den Austausch von Gütern, Arbeitskräften und Dienstleistungen erleichtert (mehr als 1 Mio. Zuwanderer nach Deutschland 2011)
- Die sog. Patientenrechte- bzw. Patientenmobilitäts-Richtlinie „steht“ für ein „Europa der Gesundheit“, das den Krankenversicherten auch die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen in allen anderen Mitgliedstaaten ermöglicht.

Dr. Bernd Schulte, wiss. Referent und Consultant, München

16

## „Euro-Krise“

Die im Oktober 2012 in Potsdam vom EU-Ausschuss der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e. V. (GVG) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Gesundheit durchgeführte Tagung unter dem Titel „Auswirkungen der Euro-Krise auf die nationale Gesundheitspolitik“ mag hier stellvertretend erwähnt werden für die Auswirkungen der Banken-, Haushalts- und Staatsschuldenkrise (vulgo „Euro-Krise“) auf die Systeme der sozialen Sicherheit zumal in den südeuropäischen Krisenstaaten als Reaktion auf fiskalpolitische Maßnahmen, die eine strenge Haushaltskonsolidierung unter Einschluss von einschneidenden Sparmaßnahmen in den Sozialtats zur Folge gehabt haben.

Dr. Bernd Schulte, wiss. Referent und Consultant, München

17

*“I believe crises can provide opportunities to think creatively and push in-depth reforms, to investigate ideas that might not have been feasible in normal times.”* (So der ehem. EU-Gesundheitskommissar *John Dalli*, Bad Gastein, 5.10.2012)

Soweit die „Krise“ neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, dürften diese allenfalls in der Eröffnung von mehr Spielraum für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Europäischen und nationalen Akteuren der Sozialpolitik sowie zwischen den nationalen Akteuren aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten liegen. (So gibt ja wohl beispielsweise einen Austausch zwischen NRW und Griechenland auf Ministerialebene.)

## **Europäisches Sozialmodell**

Das sog. *Europäische Sozialmodell*, ursprünglich entwickelt als politisches Konzept vom damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors insbesondere in Abgrenzung zum „neoliberalen“ US-amerikanischen Modell, ist heute Begriff für die Essenz der vorstehend beschriebenen Elemente der sozialen Dimension der Europäischen Union und dient zugleich als politisch-normative Vorgabe für deren künftige Ausgestaltung, gründend auf der in den vorstehend bereits erwähnten Zielen der Union sich widerspiegelnden europäischen Wohlfahrts- bzw. Sozialstaatlichkeit.

## **Technological change and its impact on sustainability of social security systems in Europe.**

**Ilaria Maselli**, Centre for European Policy Studies Researcher –  
Economic Policy Unit

### **“Technology and Social Policy” 20<sup>th</sup> January 2014**

Ilaria Maselli

CEPS



## Introduction: technology and....

- Skills
- Labour demand
- Inequality
- Non-tradable services: Health/long-term care & education
- Work organisation
-  *Technology is blessing and a curse!*



## 1. Technology and Skills

- Technological change deeply influences the demand for skills in the labour market
- High-skills > demand of workers with tertiary education increased by 23% in Europe between 2000 and 2010
- 17% in Ger, 31% in Fr, 33% in It, 15% in UK



# 1. Technology and Skills

- Low-skilled jobs > not so low-skilled after all!
  - Even for low-skilled tasks certain competences, cognitive and non-cognitive, are necessary
- ⇒ Policy-makers need to
  - ⇒ monitor that demand and
  - ⇒ facilitate training, LLL



# 2. Technology and Labour Demand

- Think in terms of tasks, not skills
  - Ex: waiter – accountant – architect
- Routine is the key to understand the impact of technology on the labour market



## 2. Technology and Labour Demand

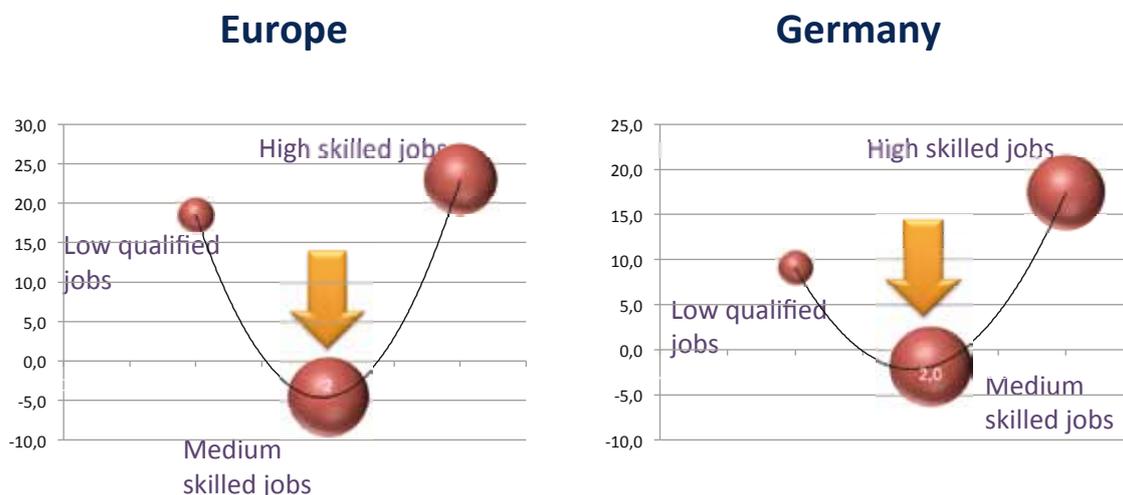
Jobs - routine – technology > 3 ways:

- Substitution and job destruction
- Pressure on wages because worker less productive than a robot
- By creating new routines that are a complement to the technology and for which the worker shares the dividend of his/her productivity with the owner of the capital.



## 2. Technology and labour demand

### Job polarisation during 2000-2010



## 2. Technology and labour demand

- What about the future? 
  - We can anticipate that it may concern non-routine tasks
    - Ex: Google cars, roomba, knowledge work with big data
- ⇒ What can social policy do?
- ⇒ Change creates winners and losers
  - ⇒ Potential losers will resist
  - ⇒ Create a resilient system



## 3. Technology and Inequality

- Massive increase in income inequality after the 1970s
    - Technology explains part of it
  - Why does it matter? Higher inequality = lower social mobility
- ⇒ Social policy needs to elaborate policy to prevent and/or compensate inequality > which ones?



## 4. Technology and the non-Tradable sector

- In the future: growing demand for health/ long-term care and education
  - => Higher share of workers
- Both non-tradable sectors: services we can afford only if the export sector is strong
- Technology vital here:
  - To transform these sectors into tradable ones > ex: MOOCs
  - To make these sectors more productive



## 4. Technology and the non-Tradable sector

- What can social policy do and why?
  - Facilitate innovation in both sectors
  - To compete in a new sector
  - To cut future expenditure



## 5. Technology and work organisation

- Normal 9to5 work organisation is 20th century!
- More and more people work outside working time and far from their desk
- But huge barriers exist



## 5. Technology and work organisation

- ⇒ Social policy needs to create the framework to let people/firm to organise work autonomously (and protect them too)
- ⇒ How: lead by example!
- ⇒ Why does it matter?
  - ⇒ To get more people into the labour market (women?) and
  - ⇒ To let people work longer



## References

- [www.ceps.eu](http://www.ceps.eu)
- [www.neujobs.eu](http://www.neujobs.eu)
- [Ilaria.maselli@ceps.eu](mailto:Ilaria.maselli@ceps.eu)







**Herausgeber**

Ministerium für Arbeit, Integration und  
Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen  
Fürstenwall 25  
40219 Düsseldorf  
Fax: 0211 855-3211  
info@mais.nrw.de  
www.mais.nrw.de

**Gestaltung**

designbüro andreas**mischok**

**Druck**

Hausdruckerei MAIS NRW

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Düsseldorf, August 2014

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Ministerium für Arbeit,  
Integration und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 25  
40219 Düsseldorf  
Fax: 0211 855-3211  
info@mais.nrw.de

[www.mais.nrw.de](http://www.mais.nrw.de)